



# Im Blickpunkt - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: makroökonomische Schlüsselindikatoren zur Überwachung der Wirtschafts- und Finanzkrise

Im Eurostat Jahrbuch wird jedes Jahr ein für die europäische Politik besonders bedeutendes Thema vorgestellt. Im Jahr 2010 stehen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Blickpunkt, da sie für die Überwachung und Analyse der wirtschaftlichen Lage in der Europäischen Union (EU) und bei der Suche nach geeigneten Antworten der nationalen und europäischen Politik auf die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren ein Schlüsselinstrument bilden.

Der Zusammenbruch des US-Hypothekenmarkts, der sich nach dem Konkurs von Lehman Brothers im Herbst 2008 zu einer Vertrauenskrise der globalen Finanzmärkte entwickelte, hatte schwere Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung zahlreicher Volkswirtschaften und betraf auch die 27 EU-Mitgliedstaaten. Zentralbanken, Finanzaufsichten und Regierungen weltweit mussten mutige Maßnahmen ergreifen, um das Finanzsystem zu stabilisieren und ihre Volkswirtschaften zu stützen.

In Europa arbeitete die Europäische Zentralbank (EZB) mit anderen Zentralbanken zusammen, um zusätzliche Liquidität für das Finanzsystem bereitzustellen. Da die Zinssätze auf einem historisch niedrigen Niveau belassen wurden, erhielt die wirtschaftliche Erholung weitere Impulse. Im Dezember 2008 legte die Europäische Kommission das Europäische Konjunkturprogramm auf, um durch koordinierte Maßnahmen das Vertrauen zurückzugewinnen und die Nachfrage zu stärken. Insgesamt wurden mit diesem Programm rund 200 Mrd. EUR bereitgestellt, was 1,5% des BIP der EU-27 entspricht. Auch die Europäische Investitionsbank (EIB) reagierte auf die Wirtschaftskrise, indem sie ihren jährlichen Finanzierungsrahmen um etwa 15 Mrd. EUR über zwei Jahre erhöhte. Bei der Vorlage einer Mitteilung im Mai 2009, in der die Eckpunkte für einen neuen europäischen Finanzaufsichtsrahmen abgesteckt wurden, der im Jahr 2010 umgesetzt sein soll, stützte sich die Europäische Kommission auf Empfehlungen einer hochrangigen Sachverständigengruppe (unter dem Vorsitz von Jacques de Larosière). Gleichzeitig ergriffen zahlreiche europäische Regierungen eigene Maßnahmen zur Stabilisierung ihrer Finanzsysteme und unterstützten ihre Volkswirtschaften mit auf die Arbeits- und Produktmärkte gerichteten Maßnahmen wie Kurzarbeit oder Anreizprogrammen zum Austausch alter Personenkraftwagen (insbesondere umweltbelastender Fahrzeu-



ge). Aufgrund der stärkeren finanzpolitischen Impulse und sinkender öffentlicher Einnahmen aus Einkommen- und Verbrauchssteuern stiegen jedoch die Staatsdefizite in den meisten Mitgliedstaaten über den Referenzwert von 3 %, bei dem gemäß den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit einzuleiten ist. Dies brachte politische Herausforderungen mit sich.

Da die aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und weiteren makroökonomischen Indikatoren hergeleiteten Informationen von entscheidender Bedeutung für die politischen Entscheidungsprozesse sind, beginnt dieses Kapitel von „Im Blickpunkt“ mit einer Vorstellung der wichtigsten Elemente des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG) und einer Erläuterung der verschiedenen Arten von Konten und Bilanzen, die diesen Rahmen bilden, z. B. die Sektorkonten und die Statistik der öffentlichen Finanzen.

Im nächsten Abschnitt werden einige der Politikfelder vorgestellt, für die hochwertige Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorliegen müssen. Darunter fällt insbesondere die Verwendung von nationalen und vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Konjunkturanalyse, um etwa makroökonomische Politiken zu entwickeln und zu überwachen, geldpolitische Entscheidungen zu flankieren und die Entwicklung der öffentlichen Finanzen, vor allem im Kontext des Stabilitäts- und Wachstumspakts, zu analysieren. Darüber hinaus bieten die Daten des ESVG eine Grundlage für die Strukturpolitik, z. B. in Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie und der EU-2020-Strategie. Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung der regionalen Gesamtrechnung als Grundlage für die Mittelzuteilung im Rahmen der Strukturpolitik oder die Bewertung der Ergebnisse der Regional- und Kohäsionspolitik.

Im dritten Abschnitt wird die Verwendung der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der damit zusammenhängenden

Daten für die Analyse der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen dargelegt. Durch eine Auswahl von makroökonomischen Daten, die großteils aus den vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Sektorkonten entnommen sind, wird ein Bild von der Wirtschafts- und Finanzkrise vermittelt. Die Analyse zeigt insbesondere die Auswirkungen auf Produktionswert, Investitionen, Konsum, Einkommen, Sparen und Vermögen und gibt über Konjunkturerwartungen, Inflation und Arbeitslosigkeit Aufschluss. Ein Vorteil gegenüber den üblicherweise in den folgenden Kapiteln dieses Jahrbuchs dargelegten Analysen besteht darin, dass die meisten in diesem Kapitel von „Im Blickpunkt“ verwendeten Daten vierteljährlich – und in einigen Fällen monatlich – statt jährlich veröffentlicht werden und somit eine aktuellere und differenziertere Konjunkturanalyse möglich ist. Am Ende des Abschnitts folgt eine Erläuterung der statistischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Im letzten Abschnitt schließt sich ein Überblick über die größten Herausforderungen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und einige der bereits entwickelten und umgesetzten Maßnahmen an. Es handelt sich insbesondere um Bemühungen zur Verbesserung der Standards für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch die Aktualisierung des System of National Accounts (SNA) auf internationaler Ebene und die Überarbeitung des ESVG auf europäischer Ebene. Das Kapitel endet mit einem Abschnitt, in dem die Betrachtung über die Verwendung des BIP als einziger Wert zur Zusammenfassung der Wirtschaftsentwicklung hinausgeht. Des Weiteren wird eine Reihe von Initiativen zur Ergänzung der traditionellen Indikatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgestellt, in deren Rahmen wirtschaftliche, soziale und ökologische Messgrößen einbezogen werden sollen. Im September 2009 wurden zwei Initiativen in diesem Bereich vorgestellt, die beide die notwendige Ausweitung der traditionellen Nutzung der Volks-





wirtschaftlichen Gesamtrechnungen betonen: die Mitteilung der Europäischen Kommission „Das BIP und mehr“ und der „Stiglitz-Bericht“ über die Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts.

## 1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – eine Übersicht

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind ein System von Konten und Bilanzen, das einen breiten und integrierten Rahmen zur Beschreibung einer Volkswirtschaft, sei es einer Region, eines Landes oder einer Gruppe von Ländern, bietet. Damit Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen international vergleichbar sind, muss dieses System auf gemeinsamen Konzepten, Definitionen, Klassifikationen und Verbuchungsregeln beruhen, um ein kohärentes, zuverlässiges und qualitativ vergleichbares Bild einer Volkswirtschaft zu vermitteln. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen liefern systematische und detaillierte Wirtschaftsdaten, die sich für die Konjunkturanalyse bei der Entwicklung und Überwachung von politischen Maßnahmen als nützlich erweisen. Dieser Abschnitt enthält eine kurze Beschreibung der verschiedenen Arten Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

### 1.1 Allgemeine Merkmale Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

In Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden wirtschaftliche Tätigkeiten systematisch erfasst. Dabei wird zwischen den Akteuren unterschieden, die verschiedenen institutionellen Sektoren wie privaten Haushalten, Kapitalgesellschaften und dem Staat angehören. Das System beschreibt die verschiedenen Transaktionen oder sonstigen Vermögensänderungen (Ströme) während eines Zeitraums sowie die Bestandsgrößen (normalerweise

zum Ende des Zeitraums). Da die Überwachung der Finanzpolitiken in der EU einen besonderen Schwerpunkt bildet, wurde die Statistik der öffentlichen Finanzen (siehe 1.7) entwickelt. Durch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise wurde auch die Bedeutung der Finanzierungsrechnung (siehe 1.8) hervorgehoben, in der finanzielle Transaktionen, sonstige Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten und finanzielle Vermögensbilanzen erfasst werden. Des Weiteren dienen Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen als die Grundlage eines breiteren statistischen Systems. Dies gilt für Wirtschafts- und Sozialstatistiken im Allgemeinen (Abschnitt 4) und für Satellitenkonten im Besonderen (Punkt 1.10).

### *Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene*

Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene <sup>(6)</sup>, bekannt unter der Abkürzung ESG, stimmt vollständig mit den weltweit geltenden Regeln für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, dem System of National Accounts (SNA), überein: Das SNA wird gemeinsam von den Vereinten Nationen, der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfonds, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Weltbank veröffentlicht.

Das ESG ist nicht auf jährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen beschränkt, sondern gilt auch für vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und regionale Gesamtrechnungen. Diese drei Arten von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden nachstehend unter 1.2, 1.3 und 1.9 erläutert. Das ESG enthält zwei Hauptdarstellungsformen, nämlich das Input-Output-System/die Tabellen nach Wirtschaftszweigen und die Sektorkonten, auf die unter 1.5 und 1.6 eingegangen wird. Das ESG umfasst ferner Konzepte für die Darstellung der Bevöl-

<sup>(6)</sup> Nähere Informationen unter: <http://circa.europa.eu/irc/dsis/nfaccount/info/data/ESA95/de/esa95de.htm>.



kerung und der Erwerbstätigkeit (siehe 1.4), die sowohl für die Sektorkonten als auch für die Input-Output-Rechnung von Bedeutung sind.

### **Die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden getrennt von jedem Mitgliedstaat, d. h. vom nationalen statistischen Amt oder einer anderen von der Regierung benannten Stelle, wie z. B. der nationalen Zentralbank, erstellt. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind das Ergebnis des Integrationsprozesses von Daten aus zahlreichen Quellen wie statistischen Befragungen von Unternehmen und privaten Haushalten sowie administrativen Daten. Die europäischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden von Eurostat durch die Zusammenführung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Mitgliedstaaten erarbeitet. Zu diesem Zweck müssen die Mitgliedstaaten Eurostat vorab festgelegte Datensätze nach einem festen Übermittlungszeitplan bereitstellen.

## **1.2 Jährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung**

Jährliche Daten bilden den Kern des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, sowohl in Bezug auf die Gliederungstiefe als auch für die Schätzung der vierteljährlichen Daten (siehe 1.3). Zu den Daten von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehören Angaben über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und seine Bestandteile sowie Aggregate des Konsums, Einkommen, Sparen und Beschäftigung. Für einige Variablen liegen Aufgliederungen nach Wirtschaftszweigen (gemäß der Systematik der Wirtschaftszweige, NACE), Investitionsgütern, Verwendungszwecken des Individualverbrauchs und institutionellen Sektoren vor. Weitere Erläuterungen zu den Definitionen und zur Datenverfügbarkeit sowie wichtige Feststellungen in Bezug auf die jährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden sich in diesem Jahrbuch im Kapitel Wirtschaft (Unterkapitel 1.1).

### **Kasten 1: Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

Das am häufigsten verwendete Maß für die Gesamtgröße einer Volkswirtschaft ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BIP zu Marktpreisen ist der monetäre Gesamtwert der Produktionstätigkeit sämtlicher produzierender Einheiten in einem bestimmten Gebiet (etwa dem Hoheitsgebiet eines Landes), unabhängig davon, ob die Eigentümer dieser Einheiten Staatsangehörige des betreffenden Landes oder Ausländer sind.

Das BIP, insbesondere das BIP pro Kopf, ist einer der wichtigsten Indikatoren für die allgemeine volkswirtschaftliche Analyse sowie für räumliche und/oder zeitliche Vergleiche.

Das BIP kann auf drei Arten definiert und berechnet werden:

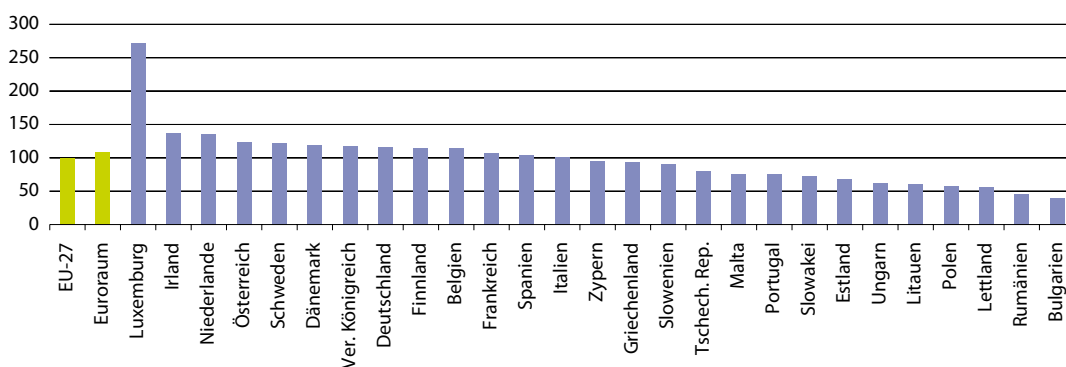
- **Entstehungsrechnung:** als Summe der Bruttowertschöpfung der verschiedenen institutionellen Sektoren oder Wirtschaftszweige zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen;
- **Verwendungsrechnung:** als die gesamte letzte Verwendung von Waren und Dienstleistungen durch gebietsansässige institutionelle Einheiten (Konsum und Bruttoinvestitionen) zuzüglich der Exporte und abzüglich der Importe von Waren und Dienstleistungen;
- **Verteilungsrechnung:** als Summe aus Arbeitnehmerentgelt, Nettoproduktions- und Importabgaben, Bruttobetriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen.



Abbildung 1 zeigt modellhaft eine der häufigsten Analysen von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Vergleich des BIP zwischen Ländern wird durch die Analyse des BIP pro Kopf erleichtert, bei dem der Einfluss der absoluten Einwohnerzahl der betreffenden Länder entfällt. Das BIP pro Kopf wird häufig als ein allgemeiner wirtschaftlicher Indikator für den Lebensstandard betrachtet, obwohl dies nicht der Hauptzweck dieses Indikators ist. Es kann ein Index des BIP pro Kopf im Verhältnis

zum EU-Durchschnitt, der gleich 100 gesetzt wird, ermittelt werden: Ist der Indexwert eines Landes größer/kleiner als 100, so liegt das BIP pro Kopf dieses Landes über/unter dem EU-27-Durchschnitt. Solche Vergleiche der wirtschaftlichen Tätigkeit von Ländern sollten idealerweise anhand einer Datenreihe, die die Kaufkraft der einzelnen Währungen widerspiegelt, und nicht anhand von Marktwechselkursen erfolgen. Daher wird dieser Indikator in der Regel in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt.

**Abbildung 1:** BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS), 2008 (!)  
(EU-27=100)



(!) Griechenland: vorläufig; Österreich und Rumänien: Vorausschätzungen; Slowakei: Schätzung.

Quelle: Eurostat (tsieb010)

### 1.3 Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen werden aufgrund einiger Unzulänglichkeiten der jährlichen Daten erstellt, aufgrund deren sie für die Zwecke kurzfristiger Konjunkturanalysen nicht geeignet sind. Beispielsweise

- bieten sie für aktuelle wirtschaftspolitische Entscheidungen, für die rasch

verfügbare Informationen über Wirtschaftsentwicklungen erforderlich sind, insbesondere für das laufende Jahr, unzureichende Hilfestellung;

- werden Schwankungen des Konjunkturverlaufs nicht entsprechend erfasst, da der durchschnittliche Wirtschaftszyklus in der Regel nicht mit Kalenderjahren übereinstimmt;
- werden die Daten erst lange nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht.



Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen bieten den Vorteil, dass sie einen kohärenten Satz von Indikatoren liefern, die kurzfristig einen Gesamtüberblick über die nichtfinanzielle wie auch die finanzielle Wirtschaftstätigkeit ermöglichen. Sie wurden somit als wichtiger Bestandteil des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen konzipiert. In die Fassung des ESG von 1995 wurde ein Kapitel über die vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen aufgenommen, und Eurostat veröffentlichte 1999 ein gesondertes Handbuch, das „Handbook on quarterly accounts“. Damit soll sichergestellt werden, dass für die vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die gleichen Grundsätze, die gleichen Definitionen und der gleiche Aufbau wie bei den jährlichen Gesamtrechnungen verwendet werden. Aufgrund des kürzeren Rechnungszeitraums sind jedoch geringfügige Änderungen erforderlich.

Allerdings gilt für die vierteljährlichen Daten eine vereinfachte Regelung, da ihr Zweck darin besteht, die Entwicklung der makroökonomischen Gesamtgrößen zu beobachten und eine schnelle Aufstellung zu ermöglichen, und nicht darin, die gleichen strukturellen Informationen wie die jährlichen Daten zu liefern, wobei einzuräumen ist, dass vierteljährlich weniger Daten verfügbar sind. Zu den weiteren Besonderheiten der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zählen die Behandlung saisonaler Schwankungen und die Sicherstellung der Kohärenz zwischen den vierteljährlichen und jährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Auch die statistischen Methoden für die Aufstellung der vierteljährlichen Gesamtrechnungen können erheblich von den für die jährlichen Gesamtrechnungen verwendeten Verfahren abweichen. Erstere lassen sich in die beiden folgenden größeren Kategorien untergliedern: die Verfahren, bei denen davon ausgegangen wird, dass im Vierteljahresintervall ähnliche Datenquellen, die entsprechend zu vereinfachen sind, wie

für die Aufstellung der jährlichen Gesamtrechnungen zur Verfügung stehen, sowie die indirekten Verfahren, die auf der Disaggregation der Daten der jährlichen Gesamtrechnungen anhand von mathematischen oder statistischen Methoden und unter Heranziehung von geeigneten vierteljährlichen Indikatoren beruhen. Bei einigen Systemen sind die jährlichen Gesamtrechnungen Nebenprodukte der vierteljährlichen Gesamtrechnungen, ohne dass getrennte jährliche Berechnungen anzustellen sind.

Die immer wichtigere Rolle, die die vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in den letzten Jahren spielen, zeigt ihre Bedeutung für Konjunkturanalysen und rechtfertigt den zunehmenden Aufwand für ihre Aufstellung. Da alle Mitgliedstaaten vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen erstellen, beruhen die Aggregate für die EU-27 und der Euroraum im Wesentlichen auf der Aggregation der Daten der Mitgliedstaaten. Eurostat nimmt regelmäßig Schätzungen der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der EU auf Grundlage der jährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der EU mithilfe der vierteljährlichen Daten aus den Mitgliedstaaten vor. Der Hauptgrund für diese Vorgehensweise ist die große Nachfrage nach rechtzeitig verfügbaren vierteljährlichen Gesamtrechnungen, da für die Konjunkturanalyse vierteljährliche Ergebnisse für die EU-27 und insbesondere den Euroraum bereits zu einem Zeitpunkt vorliegen müssen, zu dem die Daten von den als letzte liefernden Mitgliedstaaten noch ausstehen. Eurostat veröffentlicht etwa 45 Tage nach Ende jedes Quartals Schnell-schätzungen für das BIP und mit der ersten und zweiten regulären Schätzung nach 65 bzw. 105 Tagen detailliertere Aufgliederungen. Vierteljährliche Schätzungen zu den Beschäftigungszahlen werden nach 75 bzw. 105 Tagen und vierteljährliche Sektorkonten nach 120 Tagen veröffentlicht. Unter 3.1 wird eine breite Auswahl von Zahlen, die auf den



vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beruhen, vorgestellt.

### 1.4 Beschäftigung

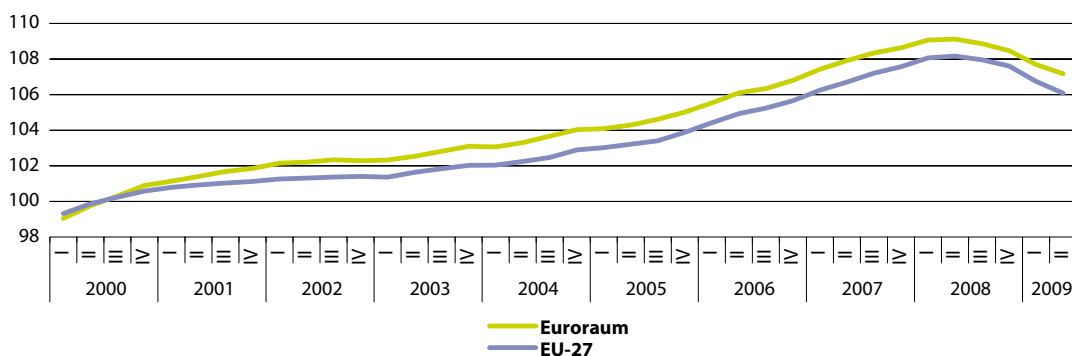
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit gelten traditionell als zusätzliche VGR-Variablen zur Berechnung der Verhältniswerte pro Einwohner oder pro Beschäftigten. Die Erwerbstätigkeit hat innerhalb des Systems an Bedeutung gewonnen und wird jetzt als wichtiger Konjunkturindikator betrachtet. Die Beschäftigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beruht auf der Einbeziehung der Daten zahlreicher Quellen und sollte gleichzeitig und kohärent mit anderen VGR-Variablen wie Produktionswert und Arbeitnehmerentgelt geschätzt werden.

Dabei ist jedoch zu beachten, dass sich die Beschäftigungszahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von den Werten der Arbeitsmarktstatistiken unterscheiden können. Dies gilt beispielsweise für die Arbeitskräfteerhebung (AKE), die zusätzlich Daten zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nach Geschlecht oder anderen

Kriterien umfasst. Im ESVG wird zwischen gebietsansässigen Beschäftigten (nationales Konzept) und Beschäftigung in gebietsansässigen produzierenden Einheiten (Inlands-konzept) unterschieden: Für geografische Gebiete mit starken Pendlerströmen ist eine erhebliche Differenz festzustellen. Insbesondere die Arbeitskräfteerhebung konzentriert sich auf gebietsansässige private Haushalte und entspricht eher der Definition des nationalen Konzepts im ESVG. Es bestehen jedoch noch weitere Unterschiede zwischen den Beschäftigungsdaten des ESVG und der Arbeitskräfteerhebung.

In Abbildung 2 wird die Entwicklung der Beschäftigung in der EU-27 und im Euroraum nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt. Unter Zugrundelegung saisonbereinigter Daten wird in der Abbildung dargestellt, dass die Zahl der Erwerbstätigen in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen ist, bis es durch die Wirtschafts- und Finanzkrise seit Mitte 2008 auf den europäischen Arbeitsmärkten zu Einbrüchen kam.

**Abbildung 2:** Beschäftigungsindex, Inlandskonzept, saisonbereinigt (2000=100)



Quelle: Eurostat (namq\_aux\_pem)



### 1.5 Aufkommens- und Verwendungstabellen sowie Input-Output-Tabellen

Das Aufkommens- und Verwendungssystem bildet den Teil des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, der sich auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft konzentriert. Es umfasst die Tätigkeiten von Wirtschaftszweigen, für die Zwischenprodukte und Primärinputs (wie Arbeitskräfte und Kapital) erforderlich sind. Aufkommens- und Verwendungstabellen zeigen auf, wo und wie Güter produziert bzw. Dienstleistungen erbracht werden und in welche intermediäre oder letzte Verwendung sie einfließen.

Im Input-Output-System können drei Tabellenarten unterschieden werden: Aufkommens- und Verwendungstabellen, symmetrische Input-Output-Tabellen und Verbindungstabellen zwischen den Aufkommens- bzw. Verwendungstabellen und den Sektorkonten; diese bilden einen wesentlichen Bestandteil des ESVG. Im Handbuch von Eurostat zu Aufkommens- bzw. Verwendungstabellen und Input-Output-Tabellen („Eurostat Manual of Supply, Use and Input-Output Tables“) werden Fragen der Aufstellung und harmonisierte Lösungen erläutert.

Diese Tabellen liefern eine Beschreibung des Produktionsprozesses (Kostenstruktur

und Einkommensentstehung) nach Wirtschaftszweig oder Tätigkeit sowie der Verwendung der Güter und Dienstleistungen (Produktionswert, Import, Export, Konsum, Vorleistungen und Investitionen nach Gütergruppen). Innerhalb des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen bieten die Aufkommens- bzw. Verwendungstabellen und Input-Output-Tabellen die detaillierteste Darstellung der Produktion und Verwendungen einer Volkswirtschaft sowie einen kohärenten Rahmen für die Saldierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Diese Tabellen zeigen unter anderem:

- die Struktur der Produktionskosten und der im Produktionsprozess entstandenen Wertschöpfung;
- die Interdependenzen der Wirtschaftszweige;
- die Ströme der in der Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen;
- die Ströme der Güter und Dienstleistungen in die übrige bzw. aus der übrigen Welt.

In den Aufkommenstabellen wird die Bereitstellung von Gütern in einer Volkswirtschaft erfasst: Dabei kann es sich um den Produktionswert verschiedener inländischer Wirtschaftszweige oder Importe handeln.

**Tabelle 1:** Vereinfachte Aufkommenstabelle

Güter	Wirtschaftsbereiche: 1, 2, ..., n	Importe	Gesamt
1	Matrix der Produktionswerte	Importe nach Gütergruppen	Gesamtaufkommen
2	nach Wirtschaftsbereichen und		(Produktionswert + Import)
⋮	Gütergruppen		nach Gütergruppen
n			
<b>Insgesamt</b>	Produktionswerte nach Wirtschaftsbereichen	Gesamtimporte	Gesamtaufkommen

Entsprechend kann die Verwendung dieser Güter analysiert werden, indem zwischen der Verwendung für Vorleistungen der einzelnen Wirtschaftszweige oder der letzten

Verwendung wie dem Konsum, Anlageinvestitionen oder Exporten unterschieden wird. Darüber hinaus weist die Verwendungstabelle die Komponenten der Wert-



schöpfung (z. B. Arbeitnehmerentgelt oder Abschreibungen) nach Wirtschaftszweig aus. Das System muss zwei Identitätsbeziehungen erfüllen. Der Produktionswert jedes Wirtschaftszweigs entspricht der Summe

aus Vorleistungen und Wertschöpfung. Für jede Gütergruppe entspricht das Gesamtaufkommen (Produktionswert und Importe) der Summe aus Vorleistungen, Konsum, Bruttoinvestitionen und Exporten.

**Tabelle 2:** Vereinfachte Verwendungstabelle

	Wirtschaftsbereiche: 1, 2, ..., n	Verwendungsarten			Insgesamt
		Konsumausgaben	Bruttoanlageinvestitionen	Änderungen bei den Vorräten	
Gütergruppen					
1					
2					
⋮					
n					
Wertschöpfung – Arbeitnehmerentgelt – Abschreibungen – Nettobetriebsüberschuss	Matrix der Komponenten der Wertschöpfung nach Gütergruppen				Gesamtwertschöpfung nach Gütergruppen
Insgesamt	Gesamtproduktionswert nach Wirtschaftsbereichen: Vorleistungen + Wertschöpfung	Gesamtvendungen nach Kategorien			Gesamtvendung

Eine symmetrische Input-Output-Tabelle ist eine Güter/Güter-Matrix (oder eine Wirtschaftszweig/Wirtschaftszweig-Matrix): Das Aufkommen und die Verwendung werden in einer Tabelle zusammengefasst, wobei die Zeilen und Spalten einheitlich nach Gütergruppen (oder nach Wirtschaftszweigen) aufgeteilt sind.

### 1.6 Sektorkonten

Die Sektorkonten liefern für die einzelnen institutionellen Sektoren eine systematische Beschreibung der verschiedenen Phasen des Wirtschaftskreislaufs, von der Produktion über die Einkommensverwendung bis zu Änderungen von finanziellem und nichtfinanziellem Vermögen. Zu den Sektorkonten gehören auch Vermögensbilanzen, die die Vermögensbestände, Verbindlichkeiten und das

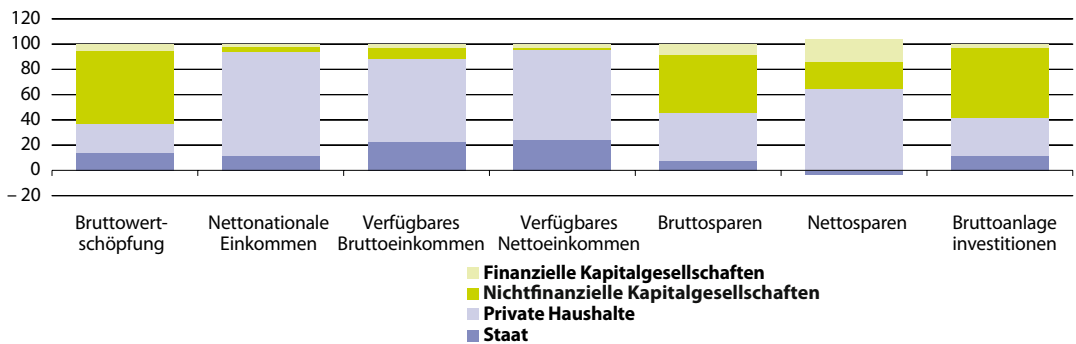
Reinvermögen zeigen. Die Europäische Zentralbank (EZB) und Eurostat veröffentlichen vierteljährliche Sektorkonten für die institutionellen Sektoren im Euroraum und in der Europäischen Union. Seit Kurzem werden außerdem Schlüsselindikatoren für die Mitgliedstaaten veröffentlicht.

Makroökonomische Entwicklungen, wie etwa Wirtschaftswachstum und Inflation, werden von den Handlungen einzelner Wirtschaftssubjekte der Volkswirtschaft hervorgerufen. Institutionelle Sektoren verbinden institutionelle Einheiten mit weitgehend ähnlichen Charakteristika und Verhaltensmustern: private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften und der Staat. Durch die Zusammenfassung von Wirtschaftssub-

jekten mit ähnlichen Verhaltensweisen zu institutionellen Sektoren wird die Funktionsweise einer Volkswirtschaft leichter verständlich. Transaktionen mit nicht im Inland

Ansässigen sowie die finanziellen Forderungen von Inländern gegenüber Ausländern bzw. umgekehrt werden im Konto „Übrige Welt“ erfasst.

**Abbildung 3:** Anteile der institutionellen Sektoren an Schlüsselaggregaten, EU-27, 1999-2008, Durchschnitt (in %)



Quelle: Eurostat ([nasa\\_simplif](#)) und Europäische Zentralbank (EZB).

In Abbildung 3 werden die Anteile der institutionellen Sektoren für die Schlüsselaggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt. Der Sektor „Private Haushalte“ umfasst alle privaten Haushalte und im Haushalt angesiedelten Unternehmen, wie Einzelunternehmen und die meisten Personengesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Daher werden für den Sektor „Private Haushalte“ neben dem Konsum auch ein Produktionswert und Unternehmensgewinne ausgewiesen. Zur besseren Veranschaulichung werden private Organisationen ohne Erwerbszweck, wie Wohlfahrtseinrichtungen und Gewerkschaften, in den europäischen Sektorkonten zu den privaten Haushalten gerechnet. Ihre wirtschaftliche Bedeutung ist relativ gering.

Der Sektor „Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften“ schließt alle privaten und öffentlichen Unternehmen ein, die Güter herstellen oder dem Markt nichtfinanzielle Dienstleistungen bereitstellen. Entsprechend grenzt der Sektor Staat solche öffentlichen Unternehmen aus und umfasst zentrale, regionale und lokale Verwaltungen sowie die Sozialversicherung. Der Sektor „Finanzielle Kapitalgesellschaften“ schließt alle privaten und öffentlichen Einheiten ein, die sich mit finanziellen Dienstleistungen beschäftigen, wie etwa monetäre Finanzinstitutionen (im Wesentlichen Banken), Investitionsfonds, Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds. Unter 3.1 findet sich eine Auswahl von Daten, die auf den vierteljährlichen Sektorkonten beruhen.



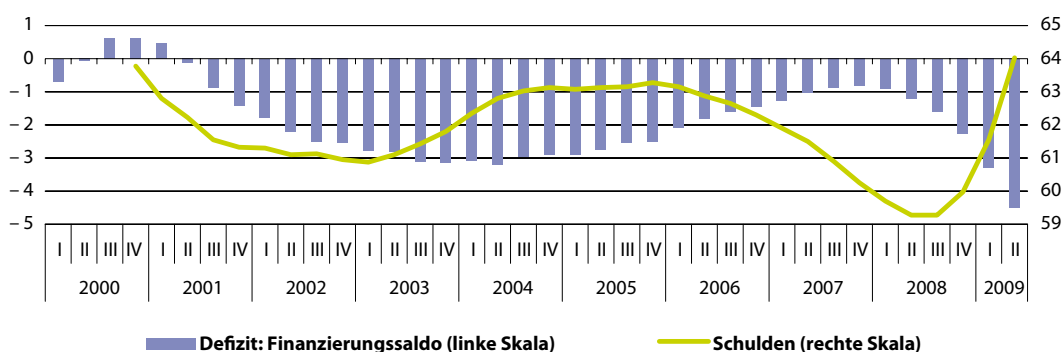
## 1.7 Statistik der öffentlichen Finanzen

Die Statistik der öffentlichen Finanzen stellt die wirtschaftlichen Tätigkeiten eines Staates anhand harmonisierter und vergleichbarer Daten dar. Sie kann sich in Bezug auf den Erfassungsbereich der Einheiten und der Verbuchung von Transaktionen wesentlich vom nationalen Haushaltsplan oder der öffentlichen Rechnungslegung unterscheiden. In der Statistik der öffentlichen Finanzen werden Einnahmen, Ausgaben und Defizit sowie Transaktionen mit finanziellen Aktiva und Passiva, sonstige wirtschaftliche Stromgrößen und Bilanzen ausgewiesen. Sie stimmen vollständig mit dem Sektor Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überein, weisen allerdings eine andere (integrierte) Darstellung für die Nutzer auf.

Die Statistik der öffentlichen Finanzen steht besonders im Mittelpunkt, da sie die Grundlage für die finanzpolitische Überwachung in Europa bildet, was insbesondere in Bezug auf das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit (EDP) zutrifft. Das Verfahren bei einem über-

mäßigen Defizit ist in Artikel 104 des Vertrags über die Europäische Union (dem sogenannten Vertrag von Maastricht) geregelt, in dem die Einführung des Euro vorgesehen war. Der Vertrag verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin durch die Erfüllung von zwei Kriterien: Das Verhältnis des Defizits zum Bruttoinlandsprodukt und das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum Bruttoinlandsprodukt dürfen gemäß dem Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit im Anhang des Vertrags nicht über den Referenzwerten von 3% bzw. 60% liegen. Diese Referenzwerte beruhen auf Konzepten der Statistik der öffentlichen Finanzen. Das öffentliche Defizit ist der Finanzierungssaldo des Sektors Staat nach den Festlegungen im ESVG, bereinigt um Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward-Rate-Agreements. Der öffentliche Schuldenstand wird definiert als der konsolidierte Bruttoschuldenstand zum Nominalwert in den folgenden Kategorien von Verbindlichkeiten: Bargeld und Einlagen, Wertpapiere (ohne Anteilsrechte und Finanzderivate) und Darlehen.

**Abbildung 4:** Öffentliches Defizit und öffentlicher Schuldenstand als Anteil am BIP, gleitender Durchschnitt über vier Quartale, EU-27 (in %)

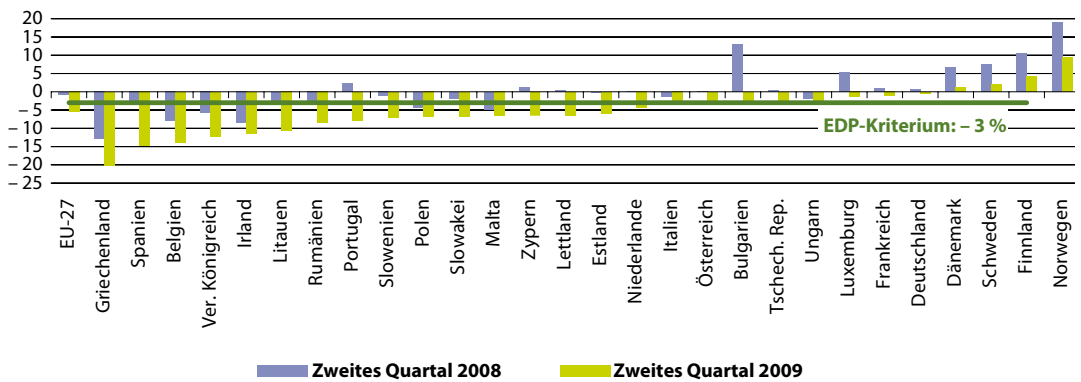


Quelle: Eurostat ([gov\\_q\\_ggnfa](#) und [gov\\_q\\_ggdebt](#))

Das „Handbuch zum ESVG 1995: Defizit und Schuldenstand des Staates“ bietet Auslegungen und Anleitungen zur Festlegung einer akzeptierten Methodik für die Messung des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstands. Die Europäische Kommission ist für die Bereitstellung

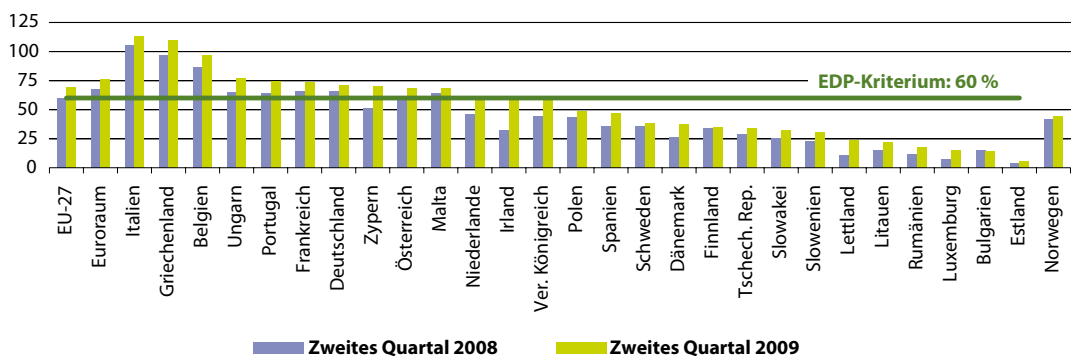
der bei einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit zugrunde gelegten Daten zuständig. Innerhalb der Kommission übernimmt Eurostat diese Aufgabe auf Grundlage der von den Mitgliedstaaten übermittelten Daten zur Statistik der öffentlichen Finanzen.

**Abbildung 5:** Öffentliches Defizit, Finanzierungsüberschuss (+) / Finanzierungsdefizit (-) als Anteil am BIP (¹) (in %)



(¹) Deutschland und Frankreich: viertes Quartal 2007 und viertes Quartal 2008; Belgien : erstes Quartal 2008 und erstes Quartal 2009.  
Quelle: Eurostat ([gov\\_q\\_ggnfa](#))

**Abbildung 6:** Öffentlicher Schuldenstand als Anteil am BIP (in %)



Quelle: Eurostat ([gov\\_q\\_ggdebt](#))





## 1.8 Finanzierungsrechnung

Innerhalb des ESVG werden in der Finanzierungsrechnung finanzielle Transaktionen, Umbewertungsgewinne/-verluste, sonstige Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten sowie finanzielle Vermögensbilanzen erfasst. Die Erstellung dieser Konten ist in einem Handbuch der Quellen und Methoden für die Ermittlung der finanziellen Gesamtrechnung nach dem ESVG 95 („Manual on sources and methods for the compilation of ESA95 financial accounts“) geregelt. Die meisten Transaktionen, die die Übertragung von Eigentum an Gegenständen oder Vermögenswerten oder die Bereitstellung von Dienstleistungen umfassen, haben eine Gegenbuchung in der Finanzierungsrechnung. Die Gegenbuchung kann in Form einer Änderung der Währung oder Sichteinlagen, einer Forderung oder Verbindlichkeit (z. B. ein Handelskredit) oder einer anderen Art von finanziellen Aktiva oder Passiva vorliegen. Zudem werden zahlreiche Transaktionen vollständig in der Finanzierungsrechnung erfasst, wenn ein finanzieller Vermögenswert durch einen anderen ersetzt wird oder eine Verbindlichkeit mit einem Vermögenswert zurückgezahlt wird. Durch diese Transaktionen werden die Zusammensetzung der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und möglicherweise die Gesamtbeträge geändert, sie haben aber keinen Einfluss auf den Finanzierungssaldo.

Konten über finanzielle Transaktionen zeigen auf, wie der Überschuss oder das Defizit des Kapitalkontos über Transaktionen im Finanzvermögen und bei den Verbindlichkeiten finanziert wird. Somit entspricht der Saldo der Finanzierungsrechnung (Nettoerwerb von Finanzvermögen abzüglich Nettozuwachs von Verbindlichkeiten) theoretisch dem Finanzierungssaldo, d. h. dem Saldo des Kapitalkontos. Die Finanzierungsrechnung weist aus, wie Sektoren mit einem Finanzierungsdefizit durch das Eingehen von Verbindlichkeiten oder eine

Verringerung der Aktiva Mittel erhalten bzw. wie Sektoren mit einem Finanzierungsüberschuss ihren Überschuss für den Erwerb von Aktiva oder die Verringerung von Verbindlichkeiten verwenden. Die Finanzierungsrechnung zeigt zudem die Anteile der verschiedenen Arten von finanziellen Aktiva an diesen Transaktionen sowie die Rolle von finanziellen Mittlern.

Zudem weisen die Konten über nominale Umbewertungsgewinne/-verluste die Gewinne/Verluste für eine bestimmte Menge eines Aktiv-/Passivpostens als Änderung des Wertes für den Eigentümer dieses Aktivums/Passivums infolge von Preis- oder Wechselkursänderungen aus. Alle Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten, die nicht auf finanzielle Transaktionen, Umbewertungsgewinne/-verluste oder eine Änderung der Sektorzuordnung oder der Vermögensart zurückzuführen sind, werden als sonstige Vermögensänderungen gebucht, z. B. Abschreibungen uneinbringlicher Forderungen.

Finanzielle Vermögensbilanzen sind Übersichten über den Wert der Aktiva und Passiva zu einem bestimmten Zeitpunkt: Der Saldo ist das Reinvermögen oder im Fall der Gesamtwirtschaft das Volksvermögen – das Aggregat der nicht-finanziellen Vermögenswerte und Nettoforderungen gegenüber der übrigen Welt.

Die Finanzierungsrechnung ist ein wichtiges Instrument für die Analyse von finanziellen Strömen zwischen definierten institutionellen Sektoren innerhalb der Volkswirtschaft und zwischen diesen institutionellen Sektoren und der übrigen Welt sowie für die Bewertung der finanziellen Beziehungen innerhalb der Volkswirtschaft und gegenüber der übrigen Welt zu einem bestimmten Zeitpunkt. Aufgrund ihrer Verbindung mit dem Kapital- und dem Verwendungskonto leistet die Finanzierungsrechnung einen wichtigen Beitrag zur Überwachung des Transmissionsmechanismus für die Geldpolitik. Die

Vollständigkeit der Finanzierungsrechnung erlaubt die Analyse der monetären Aggregate sowie der längerfristigen finanziellen Investitionen und Finanzierungsquellen. Daher bietet die Finanzierungsrechnung eine Möglichkeit zur Prüfung der finanziellen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik sowie Hilfestellung bei Entscheidungen über die künftige Politik. Sie kann zur Prüfung von Faktoren herangezogen werden, die sich auf Bestände in und Transaktionen mit verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten auswirken, beispielsweise Änderungen der Zinssätze.

Die Finanzierungsrechnung weist die hohen Beträge aus, die über die Finanzinstitute als finanzielle Mittler geleitet werden. Aufgrund des Volumens ist es wichtig, über Änderungen der Finanzierungsquellen oder die Verwendung dieser Mittel unterrichtet zu sein. Die Transaktionen der Finanzinstitute spiegeln die Liquidität, Betriebs- und Investitionsausgaben anderer Sektoren und die Finanzierung des Nettomittelbedarfs des Sektors Staat wider.

Die finanziellen Vermögensbilanzen zeigen den Finanzwert jedes Sektors der Volkswirtschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Änderungen gegenüber früheren Vermögensbilanzen verdeutlichen die Änderungen bei der Bewertung verschiedener Instrumente (z. B. durch Bewegungen der Aktienmärkte oder Änderungen der Wechselkurse) und die Änderungen der Zusammensetzung aufgrund der finanziellen Transaktionen der Sektoren. Dadurch ist die Messung der sogenannten Vermögens-effekte durch die Änderung der Marktpreise von Vermögenswerten möglich.

### 1.9 Regionale Gesamtrechnungen

Bei den regionalen Gesamtrechnungen handelt es sich um regionalisierte Darstellungen der entsprechenden nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Erstellung eines vollständigen Gesamtrechnungssystems für die regionale Ebene setzt voraus,

dass jede Region als gesonderte wirtschaftliche Einheit behandelt wird. Transaktionen mit anderen Regionen sind somit als Auslandstransaktionen anzusehen. Die Tatsache, dass in den regionalen Gesamtrechnungen lediglich Produktionstätigkeiten nach Wirtschaftszweigen gezeigt werden und sie nur Konten für einige institutionelle Sektoren, wie die privaten Haushalte, umfassen, ist zum Teil auf konzeptionelle Schwierigkeiten zurückzuführen.

Dennoch liefern regionale Gesamtrechnungen insbesondere Informationen über das regionale BIP, die regionale Bruttowertschöpfung und einige weitere Indikatoren, die nach Wirtschaftszweig aufgeschlüsselt sind. Wie bereits im Zusammenhang mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgeführt wurde, ist es üblich, das BIP als Durchschnittswert je Einwohner darzustellen, und für regionale Statistiken ist daher die Unterscheidung zwischen Arbeitsstelle und Wohnsitz von besonderer Bedeutung. Beim regionalen BIP wird die innerhalb regionaler Grenzen erzielte Wirtschaftsleistung gemessen, ungeachtet, ob diese gebietsfremden oder gebietsansässigen Beschäftigten zuzurechnen ist. Die Analyse des BIP pro Einwohner ist daher nur ohne Weiteres möglich, wenn alle an der Erwirtschaftung des BIP beteiligten Beschäftigten auch Gebietsansässige der betreffenden Region sind. In Gebieten mit einem hohen Anteil von Pendlern kann das BIP pro Einwohner äußerst hoch und in den angrenzenden Regionen hingegen relativ niedrig sein. Das regionale BIP kann zur Ermittlung regionaler Disparitäten innerhalb und zwischen Ländern sowie zur Konvergenz zwischen Regionen herangezogen werden. In Kapitel 13 findet sich eine Karte zum regionalen BIP pro Einwohner.

### 1.10 Satellitenkonten

Für bestimmte Verwendungszwecke sind die Konzepte des ESGV unzureichend und müssen unter Umständen ergänzt werden. Eine Möglichkeit, diese Ergänzungen in ei-



ner kohärenten Weise vorzunehmen, besteht in der Entwicklung von Satellitenkonten. Satellitenkonten können bei Bedarf einen größeren Detaillierungsgrad aufweisen, sie können den Darstellungsgegenstand des Rechnungsführungssystems durch zusätzliche nichtmonetäre Informationen erweitern, oder es können bestimmte grundlegende Konzepte geändert werden – etwa durch die Erweiterung des Konzepts der Anlageinvestitionen. Generell folgen Satellitenkonten den grundlegenden Konzepten und Klassifikationen des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Von diesen weichen sie lediglich ab, wenn für den besonderen Zweck des Satellitenkontos eine Änderung erforderlich ist.

Satellitenkonten können Strom- und Bestandsgrößen umfassen, die nur schwer in monetären Kategorien erfassbar sind (oder zu denen es nicht eindeutig einen monetären Gegenposten gibt), da diese im Kernsystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Beispiele sind die Messung des Zeitaufwands für die Produktion innerhalb von privaten Haushalten, Informationen über die Schülerzahl oder die Ausbildungszeit bzw. der Zustand des Waldes als Indikator für die Umweltverschmutzung. Satellitenkonten bieten eine Möglichkeit, diese Statistiken in nichtmonetären Einheiten mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu verknüpfen, indem die Klassifikationen für den Standardrahmen auf diese nichtmonetären Statistiken angewandt werden. Durch diese Verknüpfung kann anschließend eine Analyse der Wechselwirkungen zwischen den Standardinformationen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und den Informationen der Satellitenkonten erleichtert werden.

Ein Beispiel für ein Satellitenkonto, bei dem von den Vereinten Nationen und der EU erhebliche Fortschritte erzielt wurden, sind die umweltökonomischen Gesamtrechnungen

– ein Instrument zur Analyse der Beziehungen zwischen Umwelt und Wirtschaft. Diese können beispielsweise herangezogen werden, um zu ermitteln, wie stark die derzeitigen Produktions- und Verbrauchsmuster natürliche Ressourcen schädigen, oder um die ökologischen Folgen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu messen. In Unterkapitel 11.5 finden sich Informationen und Daten zu den umweltökonomischen Gesamtrechnungen.

Ein weiteres Beispiel sind Satellitenkonten im Bereich Tourismus, für die im Jahr 2008 von den Vereinten Nationen, Eurostat, der OECD und der Welttourismusorganisation (UNWTO) ein neuer gemeinsamer methodischer Rahmen veröffentlicht wurde.

Die Verwendung von Satellitenkonten nimmt zu, und im überarbeiteten ESGV dürfte diesen Konten vermutlich größere Bedeutung zukommen, z. B. für die Statistik der Sozialschutzausgaben (siehe 4.3).

## 2. Hauptnutzer von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die EU-Organe, Regierungen, Zentralbanken sowie sonstige Wirtschafts- und Sozialpartner im öffentlichen und privaten Sektor benötigen eine Reihe von vergleichbaren und zuverlässigen Statistiken, auf die sie ihre Entscheidungen stützen können. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen können für unterschiedliche Analysen und Bewertungen genutzt werden. Beispielsweise kann eine Analyse der Wirtschaftsstruktur herangezogen werden, um Höhe oder Anteil der Wertschöpfung und Beschäftigung in jedem Wirtschaftszweig oder um Konsumausgaben für verschiedene Gütergruppen aufzuzeigen. Die Analysen können sich auf bestimmte Teile oder Aspekte einer Volkswirtschaft konzentrieren, etwa auf den Banken- und Finanzsektor oder die Rolle des Staates. Des Weiteren können Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen zeitlich analysiert werden,

um Veränderungen einer Volkswirtschaft, z. B. die Entwicklung des BIP, aufzuzeigen oder einen Strukturvergleich zwischen zwei Volkswirtschaften anzustellen. Die Verwendung international akzeptierter Konzepte und Definitionen ermöglicht es darüber hinaus, unterschiedliche Volkswirtschaften bzw. die Interdependenzen zwischen den Volkswirtschaften der EU zu analysieren oder EU-Länder und Drittstaaten miteinander zu vergleichen. In diesem Abschnitt finden sich Informationen zu einigen der wichtigen Verwendungszwecke und Hauptnutzer von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

### **2.1 Konjunkturanalysen und Analysen der makroökonomischen Politik**

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sollen vor allem auch zur wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene und zur Verwirklichung der Ziele der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) durch hochwertige Konjunkturstatistiken beitragen, mit denen sich makroökonomische Entwicklungen überwachen und Empfehlungen für die makroökonomische Politik ableiten lassen. Einer der Hauptzwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen besteht seit vielen Jahren in der Quantifizierung der Wachstumsrate einer Volkswirtschaft, d. h. des Wachstums des BIP. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen werden jedoch in weit größerem Umfang genutzt. Die Kerndaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden zur Entwicklung und Überwachung der makroökonomischen Politik verwendet, während detaillierte Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, insbesondere durch die Analyse der Input-Output-Tabellen, auch zur Gestaltung von sektorbezogenen oder industriepolitischen Konzepten dienen können. In einigen Volkswirtschaften wird auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Entwicklung und Überwachung von Wirtschaftsplänen zurückgegriffen. Von

den EU-Organen werden Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen vielseitig eingesetzt, etwa für geldpolitische Entscheidungen, die Konjunkturforschung und politische Analysen, wirtschaftliche Prognosen und die Haushaltsüberwachung.

#### **Die EZB und die Europäische Währungsunion**

Seit der Einrichtung der WWU im Jahr 1999 ist die Europäische Zentralbank (EZB) einer der Hauptnutzer von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Das oberste Ziel der EZB ist die Wahrung der Preisstabilität im Euroraum, und diesbezüglich ist die anhand des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflation der Schlüsselindikator. Die Strategie der EZB zur Bewertung des Risikos für die Preisstabilität beruht auf zwei analytischen Perspektiven, dem „Zwei-Säulen-Konzept“, das wirtschaftliche Analysen und monetäre Analysen umfasst. Zahlreiche monetäre und finanzielle Indikatoren werden somit in Bezug auf andere relevante Daten ausgewertet, die die Kombination von monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Analysen ermöglichen, z. B. Schlüsselaggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Sektorkonten. Auf diese Weise können monetäre und finanzielle Indikatoren im Rahmen der übrigen Wirtschaft ausgewertet werden. Wie unter 1.6 erläutert, arbeiten die EZB und Eurostat bei der Erstellung der europäischen Sektorkonten auf jährlicher und vierteljährlicher Basis zusammen, wobei finanzielle und nichtfinanzielle Statistiken verknüpft und kohärente Vermögensbilanzen einbezogen werden. Sie bieten eine breite Palette an Indikatoren zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in verschiedenen institutionellen Sektoren, beispielsweise in Bezug auf Einkommen, Ausgaben, Investitionen und bestehende Verbindlichkeiten für private Haushalte oder die Höhe von Investitionen und Verbindlichkeiten von nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.



### **Wirtschaftspolitische Analyse**

Die Europäische Kommission ist eine weitere Hauptnutzerin der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in unterschiedlichen Bereichen. Ihre Dienststellen verwenden diese Daten regelmäßig für die Gestaltung und Bewertung ihrer Politiken. Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) entwickelt Forschungsinstrumente und analysiert Daten zur allgemeinen Unterstützung der Europäischen Kommission bei der politischen Entscheidungsfindung. Ein Forschungsschwerpunkt ist das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Analysen umfassen allerdings eine breite Palette an Themen, die von Finanzstabilität oder der Bewertung der wirtschaftlichen Konvergenz im Rahmen der Erweiterung bis zur Beurteilung des Beitrags von Strukturformen zur gesamtwirtschaftlichen Leistung oder den wirtschaftlichen Auswirkungen der älter werdenden Bevölkerung reichen. Zu den Forschungsinstrumenten, die die GD ECFIN zur wirtschaftspolitischen Koordinierung und Überwachung heranzieht, gehören makroökonomische und ökonomische Modelle, Unternehmens- und Verbrauchererhebungen, Wirtschaftsdatenbanken und makroökonomische Prognosen.

### **Makroökonomische Prognosen**

Darüber hinaus erstellt die GD ECFIN zweimal jährlich – im Frühjahr und Herbst – die makroökonomischen Prognosen der Europäischen Kommission. Diese Prognosen umfassen alle EU-Mitgliedstaaten und dienen wiederum zur Ableitung von Prognosen für den Euroraum und die EU-27, bieten jedoch auch Ausblicke für Kandidatenländer und einige Drittstaaten. Jede Prognose deckt einen Zeithorizont von mindestens zwei Jahren ab (wobei jeweils im Herbst ein weiteres Jahr hinzukommt) und bezieht sich auf das laufende und das kommende Jahr. Zwischen den Frühjahrs- und Herbstprognosen werden Zwischenprognosen erstellt, bei denen eine Schätzung zur Aktualisierung des rea-

len BIP-Wachstums und der Inflation für die sieben größten Mitgliedstaaten ausschließlich für das laufende Jahr vorgenommen wird. Während die auf zwei Jahre angelegten Prognosen auf detaillierten Analysen im Ländervergleich beruhen, werden die Zwischenindikatoren weitgehend mithilfe von indikatorenbasierten Modellen erstellt.

### **Finanzpolitik und der Stabilitäts- und Wachstumspakt**

Auch die Analyse der öffentlichen Finanzen anhand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist ein wichtiger Verwendungszweck für diese Statistiken. Innerhalb der EU wurde eine besondere Anwendung in Zusammenhang mit den Konvergenzkriterien für die WWU entwickelt, von denen sich zwei direkt auf die öffentlichen Finanzen beziehen. Diese Kriterien basieren auf Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, nämlich öffentliches Defizit und öffentlicher Schuldenstand im Verhältnis zum BIP.

Wie unter 1.7 erwähnt, wurden im Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht) Grenzwerte für das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand festgelegt. Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts haben die Mitgliedstaaten jährliche Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme vorzulegen, aus denen hervorgeht, wie sie mittelfristig – unter Berücksichtigung der drohenden Auswirkungen des Alterns der Bevölkerung auf den Haushalt und sonstiger Faktoren – eine solide Haushaltslage sichern wollen. Die Kommission bewertet diese Programme, und der Rat gibt dazu eine Stellungnahme ab. Darüber hinaus ist im Stabilitäts- und Wachstumspakt das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit geregelt: Dieses Verfahren wird eingeleitet, wenn die im Vertrag verankerte Haushaltsdefizitgrenze von 3% des BIP überschritten wird. Wird das Defizit im Sinne des Vertrags für übermäßig befunden, gibt der Rat Empfehlungen zur Beseitigung



des übermäßigen Defizits an die betroffenen Mitgliedstaaten aus und setzt ihnen eine entsprechende Frist. Bei Nichteinhaltung der Empfehlungen werden weitere Schritte im Rahmen der Verfahren eingeleitet, zu denen auch Sanktionen für die Mitgliedstaaten des Euroraums gehören.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese beiden Kriterien in Zusammenhang mit den öffentlichen Finanzen nicht alle Informationen über die Staatsfinanzen umfassen. Für die Überwachung als hilfreich betrachtet werden neben diesen beiden zentralen Kennzahlen wesentlich mehr Indikatoren, wie etwa die Kombination der Maßnahmen zur Erzielung von Einnahmen oder die Verwendungszwecke der öffentlichen Ausgaben.

## 2.2 Regionale, strukturelle und sektorale Politikbereiche

Neben Daten zur Konjunkturanalyse und zur Analyse der makroökonomischen Politik bieten die Daten des ESVG weitere politisch relevante Verwendungen, insbesondere in Bezug auf regionale, strukturelle und sektorbezogene Themen.

### Regionalpolitik

Die Mittelzuteilung im Rahmen der Strukturfonds beruht teilweise auf den regionalen Gesamtrechnungen. Darüber hinaus wird die Regionalstatistik für die Ex-post-Bewertung der Ergebnisse der Regional- und Kohäsionspolitik zugrunde gelegt.

Ziel der Regionalpolitik der EU ist eine Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, indem das Entwicklungsgefälle zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen verringert wird. Für den Programmplanungszeitraum 2007 bis 2013 sind Haushaltsmittel in Höhe von 347 410 Mio. EUR vorgesehen <sup>(7)</sup>. Dies entspricht mehr als einem Drittel des Gesamt-

haushaltsplans der EU. Im Mittelpunkt der Politik für den Zeitraum von 2007 bis 2013 stehen folgende Themen:

- Konvergenz – 81,5% der verfügbaren Mittel;
- (regionale) Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung – 16% der verfügbaren Mittel;
- territoriale Zusammenarbeit – 2,5% der verfügbaren Mittel.

Förderfähig im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ sind die Regionen der NUTS-Ebene 2 <sup>(8)</sup>, deren BIP pro Einwohner (gemessen an Kaufkraftstandards und auf Grundlage eines Durchschnitts über drei Jahre) unter 75% des EU-Durchschnitts liegt, d. h. die ärmsten Regionen und Mitgliedstaaten. In diesen 84 Regionen (auf Grundlage der Regionen nach der Fassung der NUTS-Systematik von 2003) leben insgesamt 154 Mio. Einwohner.

Alle übrigen Regionen der NUTS-Ebene 2 (insgesamt 168) sind im Rahmen des Ziels „regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, mit dem eine Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Attraktivität und Beschäftigung angestrebt wird, förderfähig. Eine Sonderfinanzierung erhalten dreizehn Regionen in der Anlaufphase („Phasing-in-Regionen“), die zuvor den Status von Konvergenzregionen hatten.

Für die Umsetzung der Regionalpolitik werden verschiedene Instrumente eingesetzt, insbesondere der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Kohäsionsfonds. Der EFRE ist in allen Mitgliedstaaten tätig, der Schwerpunkt liegt jedoch auf den ärmsten Regionen und der Kofinanzierung von Investitionen und Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Der Kohäsionsfonds wird im Wesentlichen für die Kofinanzierung von Verkehrs- und Umweltprojekten in Anspruch genommen.

<sup>(7)</sup> Nähere Informationen unter : [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/policy/fonds/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/fonds/index_de.htm).

<sup>(8)</sup> NUTS: Gemeinsame Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik.



Förderfähig sind Mitgliedstaaten, deren Bruttonationaleinkommen pro Einwohner unter 90% des EU-Durchschnitts liegt: Im Programmplanungszeitraum 2007 bis 2013 wird der Kohäsionsfonds in den Mitgliedstaaten, die der EU 2004 und 2007 beigetreten sind, sowie in Griechenland und Portugal eingesetzt. Spanien ist im Rahmen einer Übergangshilfe förderfähig.

### *Analyse von Strukturreformen*

Die Förderung von Wachstum und Beschäftigung ist eine strategische Priorität für die EU und die Mitgliedstaaten sowie Teil der überarbeiteten Lissabon-Strategie und der EU-2020-Strategie. Zur Unterstützung dieser strategischen Prioritäten werden Gemeinschaftspolitiken in allen Sektoren der EU-Wirtschaft umgesetzt, während die Mitgliedstaaten ihre eigenen nationalen Strukturreformen durchführen. Infolge der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten können die Auswirkungen dieser Politiken und Reformen in der gesamten EU zu beobachten sein. Zur Sicherstellung des größtmöglichen Nutzens und zur Vorbereitung auf die bevorstehenden Herausforderungen unterzieht die Europäische Kommission diese Politiken einer strengen Analyse.

### *Agrarpolitik*

Die Europäische Kommission nimmt Wirtschaftsanalysen vor, die zur Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik beitragen, indem die Wirksamkeit der verschiedenen Unterstützungsmechanismen geprüft und eine langfristige Perspektive entwickelt wird. Dazu zählen Forschung, Analysen und Folgenabschätzungen zu Themen in Bezug zur Landwirtschaft und zur Wirtschaft im ländlichen Raum in der EU und in Drittstaaten, die zum Teil auf der Nutzung der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Satellitenkonten) beruhen.

## **2.3 Zielsetzungen, Benchmarking und Beiträge**

### *Zielsetzungen*

Für die Politikfelder der EU werden zunehmend teils verbindliche mittel- oder langfristige Ziele festgelegt. In einigen Fällen dient die Höhe des BIP als Referenzwert, z. B. bei der Festlegung eines Ziels für Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Höhe von 3% des BIP.

Ein weiteres Beispiel ist die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) in Form von Zuschüssen oder Darlehen des öffentlichen Sektors, die in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstands in den Empfängerländern dienen. Die EU vereinbarte eine Erhöhung ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe, um den von den Vereinten Nationen vorgegebenen 0,7% einen Schritt näher zu kommen. Im Jahr 2005 nahm die EU zusätzliche Mittelbindungen vor, um 2010 gemeinsam das Ziel einer öffentlichen Entwicklungshilfe von 0,56% des BIP zu erreichen. Dazu trägt auch ein gesondertes Ziel in Höhe von 0,17% für die zwölf neuen Mitgliedstaaten und von 0,51% für die übrigen Mitgliedstaaten bei, wobei die Mitgliedstaaten, die bereits ihre Ziele erreicht haben, die Höhe ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe beibehalten.

### *Beiträge zum Gemeinschaftshaushalt*

Auch für die Festlegung der Haushaltsmittel der EU wird auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen. Die Grundregeln für das System der Eigenmittel der Gemeinschaften sind in einem Beschluss des Rats (derzeit 2000/597/EG, Euratom) festgelegt. Das zur Finanzierung des Haushalts insgesamt erforderliche Aufkommen an Eigenmitteln richtet sich nach dem Gesamtbetrag der Ausgaben abzüglich sonstiger Einnahmen. Insgesamt dürfen die Eigenmittel 1,24% des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU nicht überschreiten.



Die Eigenmittel können in folgende Kategorien unterteilt werden:

- Die traditionellen Eigenmittel umfassen Zölle, Agrarabschöpfungen und Zuckerabgaben. Sie werden von den Wirt-

schaftsbeteiligten entrichtet und von den Mitgliedstaaten im Auftrag der EU erhoben. Die Mitgliedstaaten behalten jedoch 25% der traditionellen Eigenmittel als Erhebungskosten ein.

**Tabelle 3:** Nationaler Beitrag nach Mitgliedstaat und im Namen der EU erhobene traditionelle Eigenmittel, 2007  
(in Mio. EUR)

	MwSt-Eigenmittel	BNE-Eigenmittel (¹)	VK-Korrektur	Traditionelle Eigenmittel	Insgesamt	Insgesamt (in % of BNE)
<b>EU-27 (²)</b>	19441	73 915	59	16 573	109 988	0,9
Belgien	469	1 986	233	1 685	4 372	1,3
Bulgarien	46	163	21	61	291	1,0
Tschech. Rep.	200	704	84	179	1 167	1,0
Dänemark	333	1 394	163	330	2 219	1,0
Deutschland	3 635	14 654	294	3 127	21 710	0,9
Estland	27	96	11	43	177	1,2
Irland	276	972	120	218	1 586	1,0
Griechenland	698	1 947	146	230	3 020	1,4
Spanien	1 723	6 073	752	1 290	9 838	1,0
Frankreich	3 114	11 216	1 327	1 333	16 989	0,9
Italien	2 030	9 144	1 163	1 687	14 024	0,9
Zypern	25	88	11	46	170	1,1
Lettland	35	118	15	31	199	1,0
Litauen	47	158	20	45	271	1,0
Luxemburg	53	202	21	19	296	1,0
Ungarn	138	547	75	111	870	0,9
Malta	9	33	4	12	57	1,1
Niederlande	936	3 401	92	1 874	6 303	1,1
Österreich	409	1 565	43	201	2 218	0,8
Polen	509	1 746	216	338	2 809	1,0
Portugal	269	940	114	137	1 460	0,9
Rumänien	162	682	86	159	1 089	0,9
Slowenien	56	198	23	83	359	1,1
Slowakei	85	303	42	91	519	1,0
Finnland	261	1 088	132	149	1 629	0,9
Schweden	487	1 949	41	438	2 915	0,9
Ver. Königreich	3 410	12 551	-5 189	2 657	13 429	0,7

(¹) Aus Gründen einer einfacheren Darstellung ist die Anpassung für bestimmte Maßnahmen im Bereich Justiz und Inneres, bei denen sich Mitgliedstaaten gegen eine Teilnahme entschieden haben, in den BNE-Eigenmitteln enthalten.

(²) Bei den VK-Korrekturzahungen (VK = Vereinigtes Königreich) ergibt sich aufgrund von wechselkursbedingten Differenzen kein Nullsaldo.

Quelle: EU-Haushalt 2007, Finanzbericht, Europäische Kommission.



- Die auf der Mehrwertsteuer basierenden Eigenmittel werden anhand der gemäß den Gemeinschaftsvorschriften eigens zu diesem Zweck harmonisierten MwSt-Bemessungsgrundlagen der Mitgliedstaaten erhoben. Es wird der gleiche Satz auf die harmonisierte Grundlage jedes Mitgliedstaats angewandt. Allerdings wird die zu berücksichtigende MwSt-Bemessungsgrundlage bei 50% des BNE jedes Mitgliedstaats gekappt. Ansonsten müssten die weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten gemessen an ihrer Beitragskapazität überproportional hohe Zahlungen leisten, da der Anteil der Konsumausgaben und damit der MwSt-Einnahmen am BNE eines weniger wohlhabenden Landes höher ist. Die Beiträge der Mitgliedstaaten zu den MwSt-Eigenmitteln hängen weitgehend von den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab, da diese Angaben zur Berechnung des durchschnittlichen Mehrwertsteuersatzes herangezogen werden.
- Die auf dem Bruttonationaleinkommen beruhenden Eigenmittel dienen dazu, Haushaltseinnahmen und -ausgaben auszugleichen, d. h. den Teil der Ausgaben zu finanzieren, der von anderen Einnahmequellen nicht gedeckt wird. Ein gemäß den Gemeinschaftsvorschriften berechneter einheitlicher Prozentsatz wird auf das BNE jedes Mitgliedstaats angewandt.

Auch die Berechnung der Beitragskorrektur für das Vereinigte Königreich beruht auf den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Finanzierung der Erstattung durch die übrigen Mitgliedstaaten wird anhand des Anteils jedes Landes am Gesamtbetrag des Bruttonatio-

naleinkommens der EU berechnet, wobei für einige Mitgliedstaaten obere Schwellenwerte gelten.

#### *Sonstige internationale Organisationen*

Neben der Ermittlung der Beiträge zum Gemeinschaftshaushalt innerhalb der EU werden die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch zur Berechnung der Beiträge zu sonstigen internationalen Organisationen, wie den Vereinten Nationen, herangezogen. Die Beiträge zum Haushalt der Vereinten Nationen beruhen zusammen mit zahlreichen Anpassungen und Grenzwerten auf dem Bruttonationaleinkommen<sup>(9)</sup>.

#### **2.4 Analysen und Prognosen**

Auch Analysten und Forscher stützen sich bei der Prüfung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklungen häufig auf die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Das Interesse der Finanzinstitute an den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kann von einer allgemeinen Wirtschaftsanalyse bis zu speziellen Informationen über das Sparen, Investitionen oder die Verschuldung der privaten Haushalte, der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften oder sonstiger institutioneller Sektoren reichen. Auch Sozialpartner, wie Arbeitgebervertreter (z. B. Wirtschaftsverbände) oder Arbeitnehmervertreter (z. B. Gewerkschaften), nutzen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Analyse von Entwicklungen, die ihre Arbeitsbeziehungen beeinflussen. Neben anderen Verwendungsmöglichkeiten werden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Forschern und Analysten für die Konjunkturanalyse und die Analyse langfristiger Konjunkturzyklen und der entsprechenden wirtschaftlichen, politischen oder technischen Entwicklungen eingesetzt.

<sup>(9)</sup> Resolution der Generalversammlung 61/237.

### 3. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise

Nach der Beschreibung der verschiedenen Arten von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und ihrer wichtigsten Verwendungsmöglichkeiten und Hauptnutzer soll in diesem Abschnitt aufgezeigt werden, wie die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die entsprechenden Indikatoren für die Überwachung und Analyse der jüngsten Entwicklung des Konjunkturzyklus – vor allem angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise – verwendet werden können.

Der Abschnitt beginnt mit einer Darstellung des BIP-Hauptaggregats. Anschließend folgt eine Analyse von Außenhandel, Produktionswert, Einnahmen, Konsum und Investitionen sowie der Entwicklungen im Bereich Sparen und Vermögen (anhand der Sektorkonten). Dem folgt eine Analyse einer Reihe von weiteren Wirtschaftsindikatoren, wie wirtschaftliche Einschätzung, Inflation und Arbeitslosigkeit, in Bezug auf die Entwicklung des BIP. Den Schwerpunkt der vorgestellten Indikatoren bilden die wirtschaftliche Entwicklung über einen Zeitraum von knapp zehn Jahren und insbesondere die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise (gemäß den aktuellsten verfügbaren Daten zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Veröffentlichung). Der Abschnitt endet mit einer Darstellung der statistischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

#### 3.1 Auswirkungen der Rezession – gemessen an den Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt dargelegt, bilden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein Instrument für die Konjunkturanalyse. Die in diesem

Abschnitt vorgestellten Indikatoren machen die erheblichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich. Der Schwerpunkt der in diesem Abschnitt vorgestellten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegt hauptsächlich auf den aggregierten Daten für die Wirtschaft der EU-27, es wird jedoch auch ein Überblick über die aktuelle Situation in den Mitgliedstaaten geboten. Dabei wird aufgezeigt, wie sich die Wirtschafts- und Finanzkrise auf verschiedene Sektoren der Wirtschaft ausgewirkt hat. Während sich dieser Abschnitt auf vierteljährliche Daten konzentriert, die für eine Analyse des Konjunkturzyklus besser geeignet sind, finden sich in Kapitel 1 Analysen auf Grundlage jährlicher Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Insbesondere enthält Unterkapitel 1.1 eine Analyse des BIP und seiner Hauptkomponenten, und in Unterkapitel 1.2 wird auf die Statistik der öffentlichen Finanzen eingegangen.

#### *Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP)*

Anhand einer mittelfristigen Perspektive werden in Abbildung 7 die vierteljährlichen Änderungen des BIP seit 2000 für die EU-27 dargestellt. Während bis Mitte 2008 in jedem Quartal eine positive Wachstumsrate zu verbuchen war, lagen die negativen Wachstumsraten im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 über allen in den Vorjahren verzeichneten Werten, wodurch das Ausmaß der Rezession verdeutlicht wird. Dabei handelte es sich um die erste negative Veränderungsrate seit Beginn der Reihe im Jahr 1995, und es herrscht weitgehend Einvernehmen darüber, dass es sich um die schwerste weltweite Rezession seit den 1930er-Jahren handelt. Die aktuellsten verfügbaren Veränderungsdaten zeigen auf, dass sich die Rezession im Laufe des Jahres 2009 etwas abgeschwächt hat, und nach





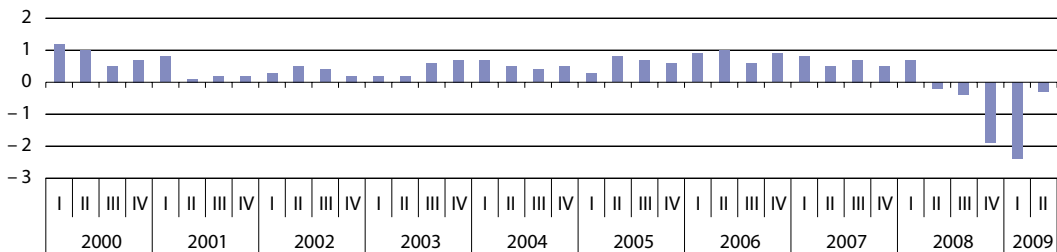
Schätzungen für das dritte Quartal 2009 findet die EU-27 insgesamt wieder auf den Wachstumspfad zurück.

Allerdings war der wirtschaftliche Abschwung nicht in der gesamten EU gleich stark ausgeprägt. Mit Blick auf die Änderungen des BIP-Volumens gegenüber dem

Vorjahr werden in Abbildung 8 die großen Unterschiede bei der Intensität des Konjunkturabschwungs zwischen den Mitgliedstaaten aufgezeigt: Während alle baltischen Staaten besonders hohe negative Veränderungsrate aufwies, konnte Polen weiterhin ein Wirtschaftswachstum verzeichnen.

**Abbildung 7:** BIP, Änderung gegenüber dem Vorquartal, EU-27

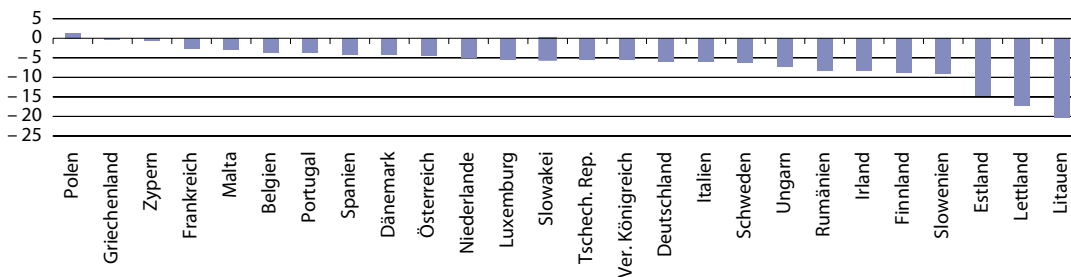
(in %)



Quelle: Eurostat (namq\_gdp\_k)

**Abbildung 8:** BIP, Änderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal, zweites Quartal 2009 (!)

(in %)



(!) Bulgarien : nicht verfügbar; Dänemark, Estland, Irland und Luxemburg: erstes Quartal 2009.

Quelle: Eurostat (namq\_gdp\_k)



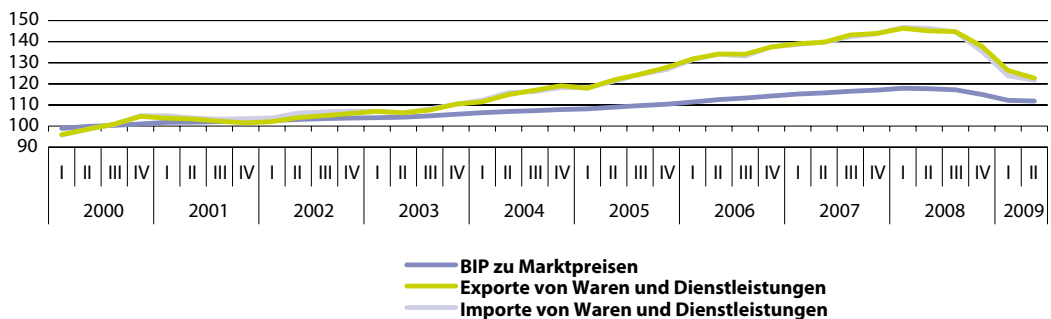
### Außenhandel

Die globale Dimension der Wirtschaftskrise wird durch die Entwicklung des Außenhandels eindeutig aufgezeigt. In Abbildung 9 wird verdeutlicht, dass der Außenhandel mit Gütern und Dienstleistungen in der EU-27 von 2002 bis Anfang 2008 schneller wuchs als das BIP. Ab diesem Zeitpunkt war die Verringerung des Außenhandels ausgeprägter als der Rückgang des BIP. Zudem hat sich die Höhe des BIP Mitte 2009 offenbar

stabilisiert, während die Außenhandelsströme sich weiterhin rückläufig entwickelten, wenn auch etwas langsamer als im zweiten Halbjahr 2008.

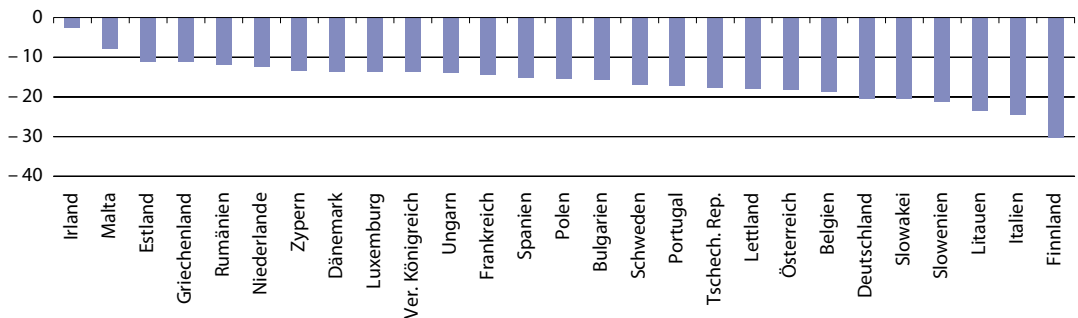
Aus den Abbildungen 10 und 11 geht hervor, dass bei der relativen Bedeutung der Importe und Exporte große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern festzustellen sind und im zweiten Quartal 2009 die Importe im Allgemeinen etwas stärker zurückgingen als die Exporte.

**Abbildung 9:** BIP und Außenhandel, EU-27 (2000=100)



Quelle: Eurostat (namq\_gdp\_k)

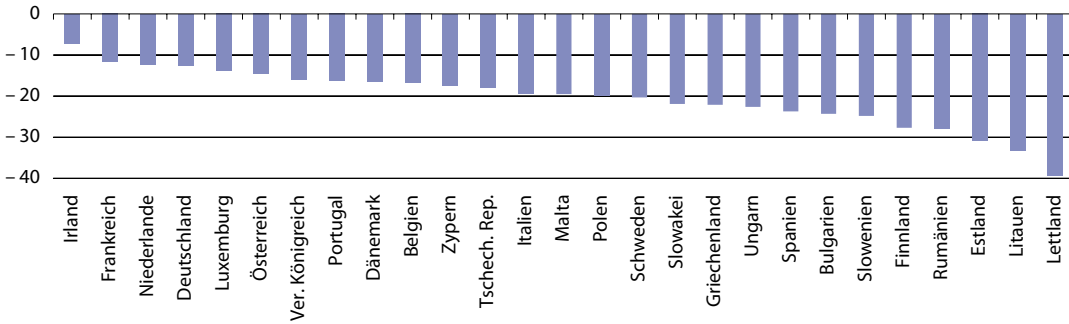
**Abbildung 10:** Exporte, Änderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, zweites Quartal 2009 (in %)



Quelle: Eurostat (namq\_gdp\_k)



**Abbildung 11:** Importe, Änderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, zweites Quartal 2009 (in %)



Quelle: Eurostat (namq\_gdp\_k)

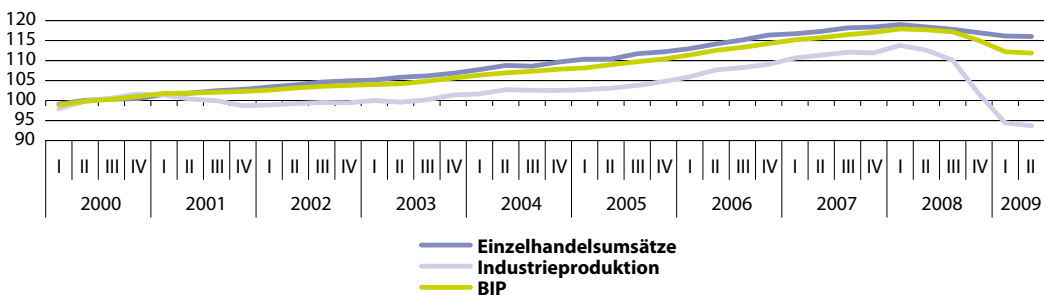
**Produktion, Konsum und Investitionen**

Die Schrumpfung des Welthandels kann als einer der wichtigsten Gründe für die rückläufige Nachfrage innerhalb der Weltwirtschaft betrachtet werden. Die Industrieproduktion in der EU-27 brach Anfang 2008 deutlich ein. Abbildung 12 zeigt, dass der Rückgang der Industrieproduktion ebenfalls deutlich stärker als der Rückgang des BIP war (die Industrieproduktion sank zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem zweiten Quartal 2009 um etwa 18%). Der Rückgang

der Einzelhandelsumsätze war etwas schwächer, doch in beiden Fällen waren deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten festzustellen (siehe Abbildungen 13 und 14).

Eine Analyse der Ausgaben (siehe Abbildung 15) bestätigt, dass der Rückgang der Konsumausgaben (vorwiegend private Haushalte und Staat) vergleichsweise gering war, bei den Investitionen (ausgewiesen als Bruttoanlageinvestitionen) war der Rückgang in der EU während der Rezession jedoch besonders hoch.

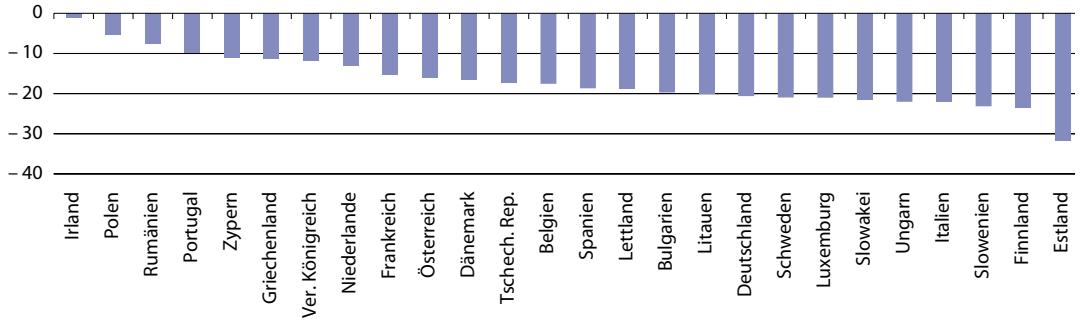
**Abbildung 12:** BIP, Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze, EU-27 (2000=100)



Quelle: Eurostat (sts\_inpr\_q, sts\_trtu\_q und namq\_gdp\_k)



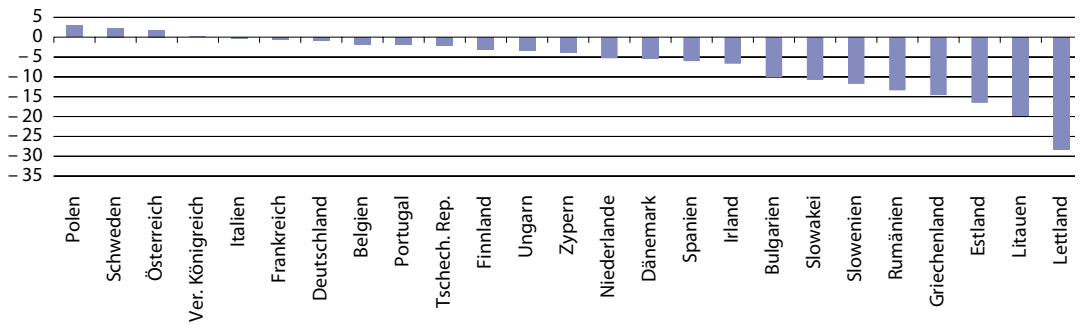
**Abbildung 13:** Industrieproduktion, Änderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, zweites Quartal 2009 (!)  
(in %)



(!) Belgien und Bulgarien: Schätzungen; Griechenland, Niederlande, Slowenien, Tschechische Republik und Zypern: vorläufig.

Quelle: Eurostat ([sts\\_inprgr\\_q](#))

**Abbildung 14:** Einzelhandelsumsätze, Änderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, zweites Quartal 2009 (!)  
(in %)

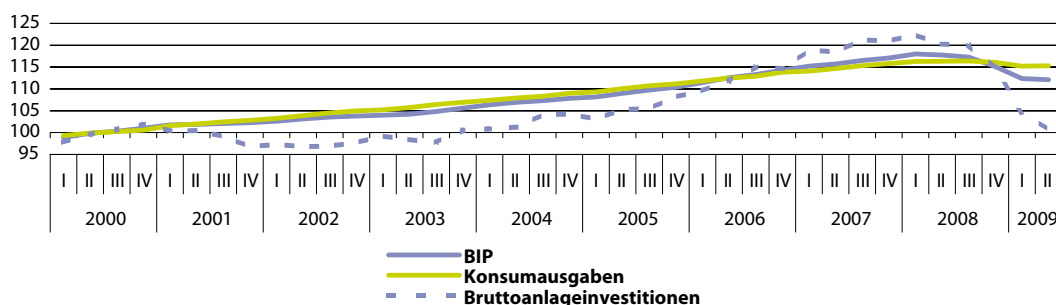


(!) Luxemburg und Malta: nicht verfügbar; Italien, Niederlande, Spanien und Zypern: Schätzungen; Belgien, Deutschland, Österreich und Tschechische Republik: vorläufig.

Quelle: Eurostat ([sts\\_trtugr\\_q](#))



**Abbildung 15:** BIP, Konsum und Investitionen, EU-27 (2000=100)



Quelle: Eurostat (namq\_gdp\_k)

### 3.2 Auswirkungen der Rezession – gemessen an den europäischen Sektorkonten

Genauere Einblicke in die Entwicklungen, die sich auf verschiedene Wirtschaftsakteure auswirken, können aus den Sektorkonten gewonnen werden. In den Abbildungen 16 bis 18 wird der Beitrag der institutionellen Sektoren an den Änderungen von Wertschöpfung, Anlageinvestitionen sowie Kreditgewährung und -aufnahme dargestellt. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften leisten im Allgemeinen den zwar größten, aber relativ volatilen Beitrag zur Zunahme von Wertschöpfung (und BIP). Beim Beitrag der privaten Haushalte sind normalerweise weniger Schwankungen zu verzeichnen, insbesondere aufgrund des stabilisierenden Einflusses der unterstellten Mieten für selbst genutztes Wohneigentum. Dennoch war während der Rezession der Jahre 2008/2009 festzustellen, dass der Beitrag der privaten Haushalte zum Wertschöpfungszuwachs zurückgegangen und ab dem vierten Quartal 2008 sogar ins Negative gerutscht ist.

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen grundsätzlich Investitionen in Anlagevermögen (Gebäude, Maschinen), aber auch

Vorratsveränderungen. Das Gesamtwachstum der Bruttoanlageinvestitionen ist im Wesentlichen auf Entwicklungen des Sektors der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und in geringerem Umfang der privaten Haushalte (Wohnungen) zurückzuführen. Die Bruttoanlageinvestitionen sind in allen Sektoren relativ volatil, und während der Rezession in den Jahren 2008/2009 waren für die privaten Haushalte und die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften für diesen Indikator negative Veränderungsrate zu verzeichnen.

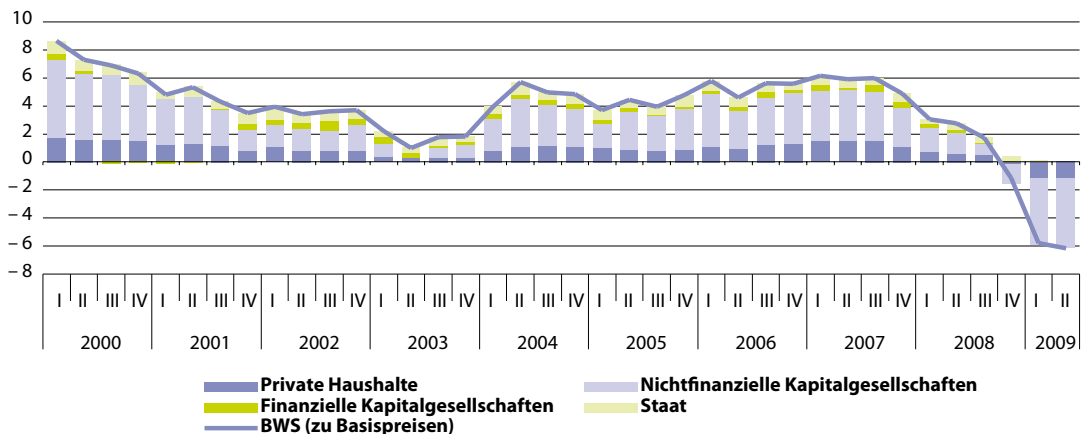
Die Differenz zwischen Sparen zuzüglich Nettovermögensübertragungen einerseits und Bruttoanlageinvestitionen andererseits ergibt bei einem positiven Wert den Finanzierungsüberschuss und bei einem negativen Wert das Finanzierungsdefizit. Während des in Abbildung 18 dargestellten Zeitraums wies die EU-27 ein Finanzierungsdefizit gegenüber der übrigen Welt auf, das seit Anfang 2005 zunahm. Im erfassten Zeitraum war für die privaten Haushalte sowie die finanziellen Kapitalgesellschaften in den meisten Quartalen ein Finanzierungsüberschuss festzustellen (die Zahl weist kumulierte Werte für vier Quartale aus), für nicht-



finanzielle Kapitalgesellschaften und den Staat hingegen in den meisten Quartalen ein Finanzierungsdefizit. Der Anstieg des Finanzierungsdefizits während der Rezession in den Jahren 2008/2009 ist größtenteils auf den besonders starken Zuwachs des Finan-

zierungsdefizits des Staates zurückzuführen. Nachstehend werden in diesem Abschnitt die Entwicklungen der Sektoren Kapitalgesellschaften, private Haushalte oder Staat mit besonderem Schwerpunkt auf Vermögenseffekte erläutert.

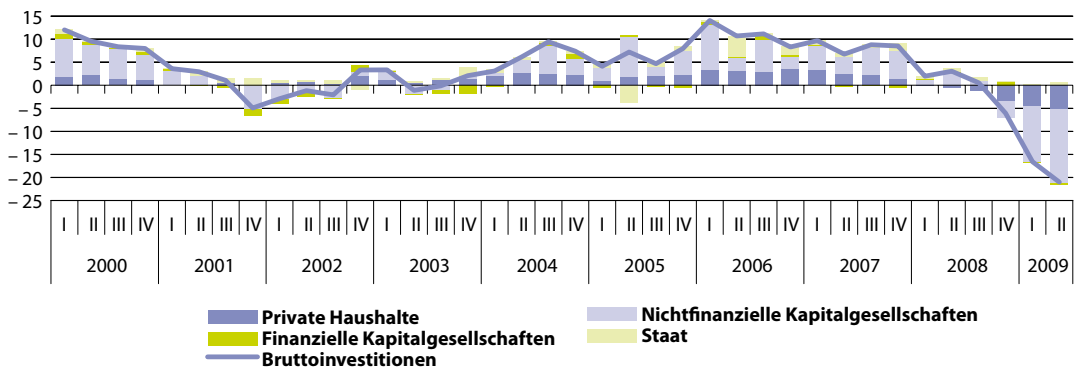
**Abbildung 16:** Wachstum der Bruttowertschöpfung nach Sektor, EU-27 (!)  
(in %)



(!) Jährliche Veränderung in %.

Quelle: Eurostat ([nasq\\_sector](#))

**Abbildung 17:** Zuwachs der Bruttoinvestitionen nach Sektor, EU-27 (!)  
(in %)

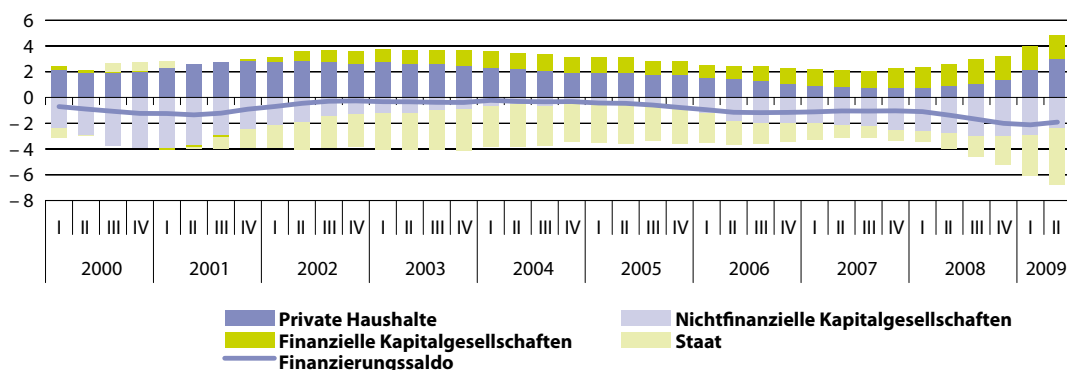


(!) Jährliche Veränderung in %.

Quelle: Eurostat ([nasq\\_sector](#))



**Abbildung 18:** Finanzierungssaldo nach Sektor, EU-27 <sup>(1)</sup>  
(in %)



<sup>(1)</sup> In % des BIP, auf Grundlage von kumulierten Beträgen über vier Quartale.

Quelle: Eurostat ([nasq\\_sector](#)) und Europäische Zentralbank (EZB).

### Kapitalgesellschaften

Beim Nettofinanzvermögen der Kapitalgesellschaften handelt es sich um das eigentliche Eigentum der Eigentümer/Anteilseigner von Kapitalgesellschaften, hauptsächlich privaten Haushalten. Daher ist vor der Verbuchung von Anteilsrechten auf der Passivseite eine Analyse hilfreich. In den Abbildungen 19 und 20 wird die Veränderungsrate des entsprechend bereinigten Nettofinanzvermögens für finanzielle und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zusammen mit den Änderungen der Hauptkomponenten dargestellt. Wie beim Finanzvermögen der privaten Haushalte (siehe unten) wurden in jüngster Zeit für die sonstigen Veränderungen von Preisen und Volumen keine positiven, sondern negative Veränderungsraten verzeichnet.

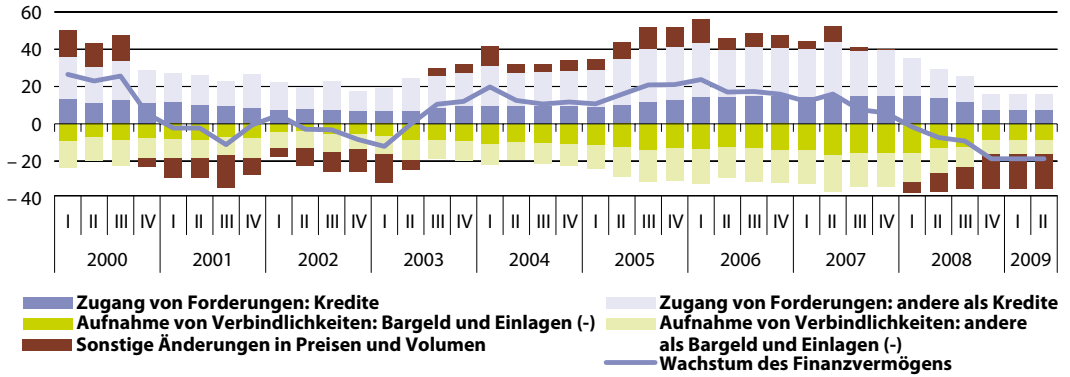
In Abbildung 21 wird das Nettofinanzvermögen der nichtfinanziellen Kapitalgesell-

schaften sowohl von der Aktiv- als auch der Passivseite beleuchtet. Es bestätigt sich, dass die Veränderung beim Nettofinanzvermögen auf die Wertänderungen von Anteilsrechten zurückzuführen ist.

Während die Investitionsrate für private Haushalte im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen ausgedrückt wird, wird sie für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Verhältnis zur Wertschöpfung ausgewiesen. Aus Abbildung 22 ist der Anstieg der Investitionsrate in der EU-27 zwischen 2004 und Mitte 2008 ersichtlich, wobei das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen über dem Wertschöpfungszuwachs lag. Diese Situation hat sich anschließend umgekehrt, wobei ab dem vierten Quartal 2008 die negativen Veränderungsraten bei den Bruttoanlageinvestitionen relativ hoch ausfielen.



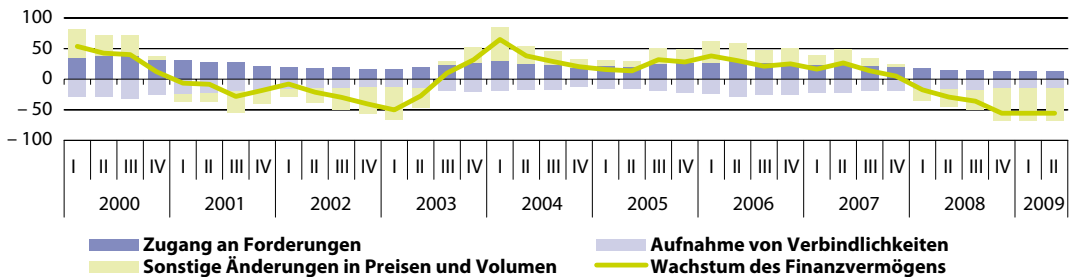
**Abbildung 19:** Finanzielle Kapitalgesellschaften: jährliche Veränderungsrate von finanziellen Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Vermögen, Euroraum (¹)  
(in %)



(¹) Ohne Anteilsrechte; Erwerbe, Verbindlichkeiten und Vermögensänderungen werden netto dargestellt.

Quelle: Europäische Zentralbank (EZB).

**Abbildung 20:** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften: jährliche Veränderungsrate von finanziellen Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Vermögen, Euroraum (¹)  
(in %)

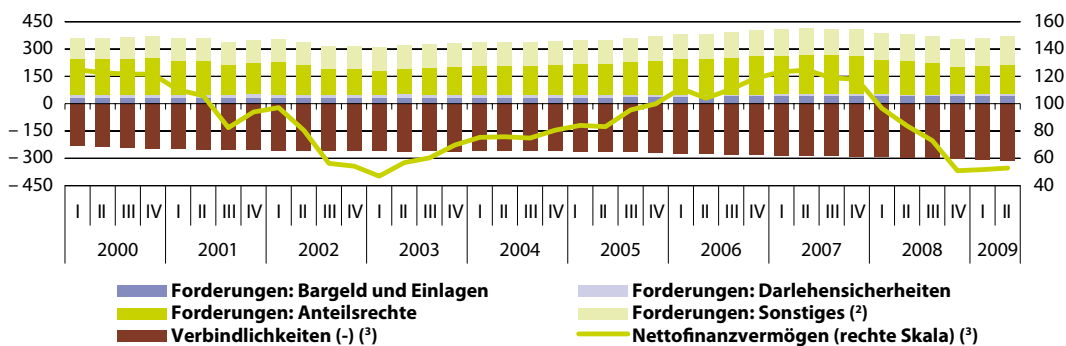


(¹) Ohne Anteilsrechte; Erwerbe, Verbindlichkeiten und Vermögensänderungen werden netto dargestellt.

Quelle: Europäische Zentralbank (EZB).



**Abbildung 21:** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften: Bestand an Forderungen, Verbindlichkeiten und Vermögen, Euroraum (¹)  
(in %)



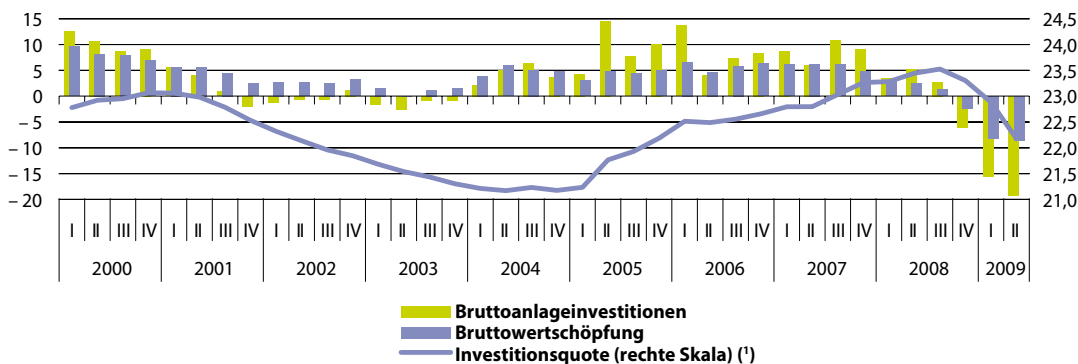
(¹) In % der Nettowertschöpfung, auf Grundlage von kumulierten Beträgen über vier Quartale.

(²) Versicherungstechnische Rückstellungen, Finanzderivate, gewährte Darlehen und sonstige Forderungen.

(³) Ohne Anteilsrechte.

Quelle: Europäische Zentralbank (EZB).

**Abbildung 22:** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften: Investitionsrate und jährliche Veränderungsrate der Bruttoanlageinvestitionen und Wertschöpfung, EU-27  
(in %)



(¹) In % der Bruttowertschöpfung, auf Grundlage von kumulierten Beträgen über vier Quartale.

Quelle: Eurostat ([nasq\\_sector](#))

### Private Haushalte

Das Arbeitnehmerentgelt liefert den wichtigsten Beitrag zum Einkommenszuwachs der privaten Haushalte, während Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen (die Selbstständigen und Hauseigentümern zufließen) im Allgemeinen an zweiter Stelle folgen. Für beide Quellen waren während der Rezession insbesondere im ersten und zweiten Quartal 2009 negative Veränderungsraten zu verzeichnen. Das Nettoeinkommen aus Vermögen (Zinserträge abzüglich Zinsaufwendungen, Dividenden usw.) sowie die Nettosozialleistungen sind normalerweise die volatilsten Komponenten. Letztere werden zudem von der Position im Konjunkturzyklus beeinflusst, und ihr Wachstum war im ersten und zweiten Quartal 2009 besonders hoch.

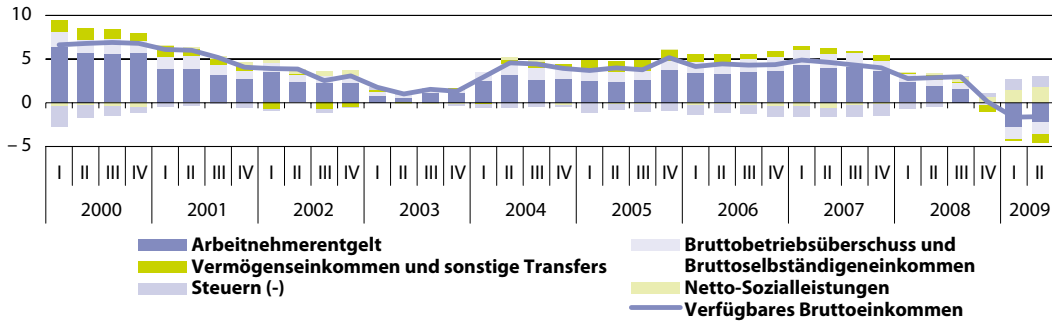
Wenn das verfügbare Bruttoeinkommen der privaten Haushalte schneller zunimmt als ihr Konsum, steigt die Sparquote der privaten Haushalte. Dies war in der EU-27 seit Mitte 2008 zu beobachten (siehe Abbildung 24), wobei die Konsumausgaben im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 tatsächlich gesunken sind. Die Sparquote ist ein Schlüsselindikator für den Sektor der privaten Haushalte: Ein kurzfristiger Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte ist häufig mit pessimistischen Wirtschaftserwartungen verbunden, während längerfristige Veränderungen im Allgemeinen auf Änderungen des Arbeitsmarkts oder der Zinssatzentwicklung zurückzuführen sind. Das Sparen (und auch die Kreditaufnahme) der privaten Haushalte kann zur Finanzierung von Investitionen in Anlagevermögen verwendet werden (siehe Abbildung 25). Wenn das verfügbare Bruttoeinkommen der privaten Haushalte langsamer

steigt als ihre Investitionen in Anlagevermögen (hauptsächlich Wohnungen), nimmt die Investitionsrate zu: Dies war zwischen 2003 und 2007 in der EU-27 der Fall; 2008 und im ersten Halbjahr 2009 kehrte sich die Situation um. In Abbildung 26 wird die Entwicklung der Veränderungsrate des Sparens und der Investitionen der privaten Haushalte in der EU-27 zusammengefasst, wobei in den letzten Quartalen der deutliche Anstieg der Sparquote mit einem Rückgang der Investitionen einhergeht.

Der Sektor der privaten Haushalte verfügt über das größte Vermögen aller Sektoren; es setzt sich aus Wohngebäuden und sonstigem nichtfinanziellem und finanziellem Vermögen zusammen. Bei der Betrachtung des Finanzvermögens ist festzustellen, dass die Veränderungen des Nettofinanzvermögens der privaten Haushalte in gewissem Umfang von den Nettoerwerben von finanziellen Vermögenswerten und der Nettoaufnahme von Verbindlichkeiten, z. B. Darlehen für den Immobilienkauf, beeinflusst werden. Des Weiteren spielen Veränderungen beim Preis der finanziellen Vermögenswerte der privaten Haushalte (insbesondere Änderungen der Aktienkurse) eine wichtige Rolle bei der Änderung des Nettofinanzvermögens insgesamt: im Euroraum war im Jahr 2008 und im ersten Halbjahr 2009 ein Rückgang des Nettofinanzvermögens zu verzeichnen (siehe Abbildung 27), der auf einen Rückgang des Werts der Vermögenswerte zurückzuführen war. Abbildung 28 zeigt die Zusammensetzung des Nettofinanzvermögens der privaten Haushalte und den durch sinkende Werte von Aktien und sonstigen Anteilsrechten bedingten Rückgang des Vermögens der privaten Haushalte in den Jahren 2008 und 2009.



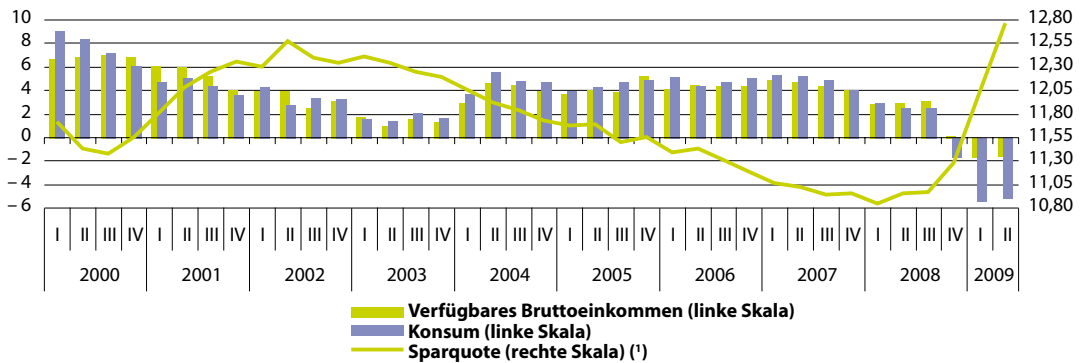
**Abbildung 23:** Private Haushalte: Anstieg des verfügbaren Bruttoeinkommens nach Komponenten, EU-27 (¹)  
(in %)



(¹) Jährliche Veränderung in %.

Quelle: Eurostat ([nasq\\_sector](#))

**Abbildung 24:** Private Haushalte: Sparquote und jährliche Veränderungsrate von Einkommen und Konsum, EU-27  
(in %)



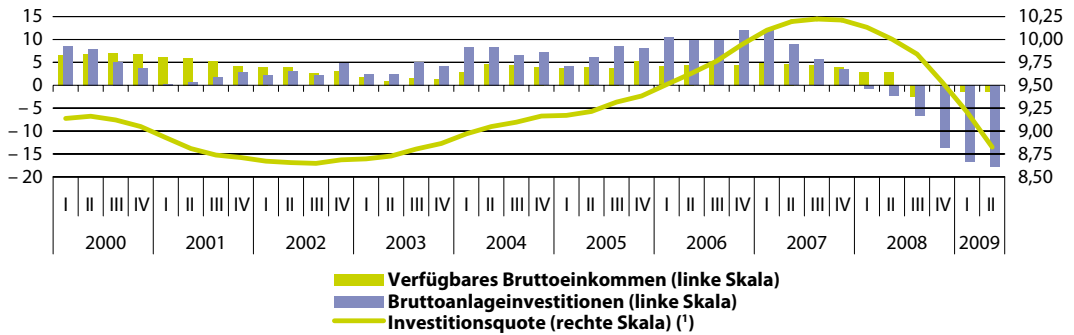
(¹) Anteil des verfügbaren Bruttoeinkommens in %, einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, auf Grundlage von kumulierten Beträgen über vier Quartale.

Quelle: Eurostat ([nasq\\_sector](#))





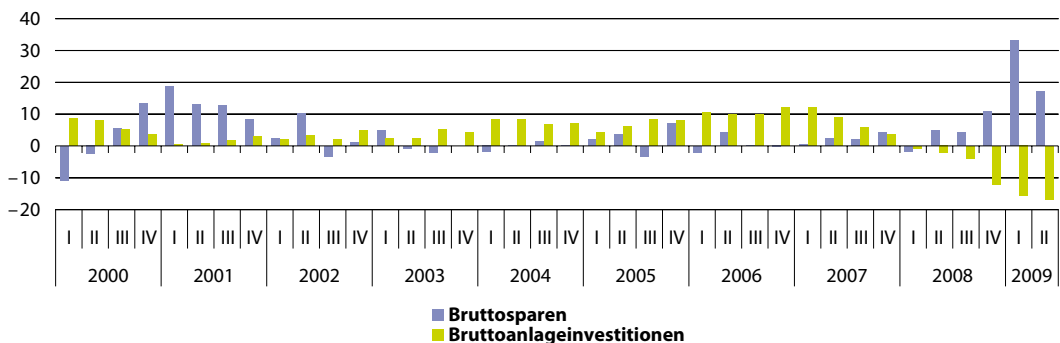
**Abbildung 25:** Private Haushalte: Investitionsrate und jährliche Veränderungsrate von Einkommen und Vermögensbildung, EU-27  
(in %)



(¹) Anteil des verfügbaren Bruttoeinkommens in %, einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, auf Grundlage von kumulierten Beträgen über vier Quartale.

Quelle: Eurostat ([nasq\\_sector](#))

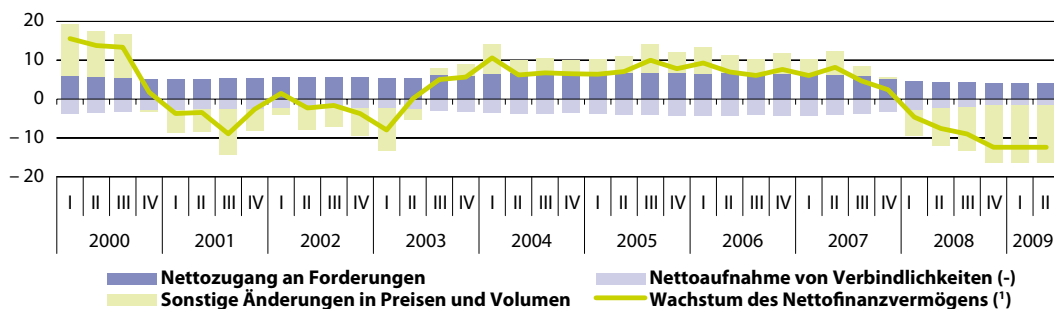
**Abbildung 26:** Private Haushalte: Sparen und Investitionen, Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, EU-27  
(in %)



Quelle: Eurostat ([nasq\\_sector](#))



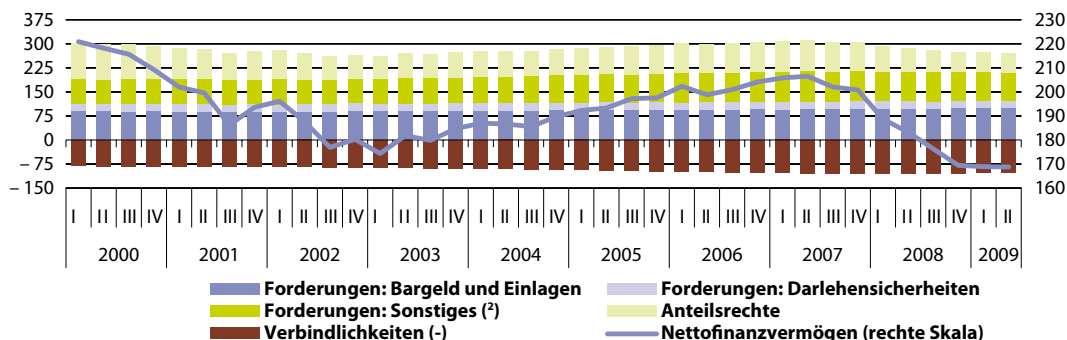
**Abbildung 27:** Private Haushalte: Änderung von finanziellen Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Nettofinanzvermögen, Euroraum (in %)



(¹) Jährliche Veränderungsrate.

Quelle: Europäische Zentralbank (EZB).

**Abbildung 28:** Private Haushalte: finanzielle Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Nettofinanzvermögen, Euroraum (¹) (in %)



(¹) Anteil des verfügbaren Bruttoeinkommens in %, einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, auf Grundlage kumulierter Beträge über vier Quartale.

(²) Versicherungstechnische Rückstellungen, Finanzderivate, gewährte Darlehen und sonstige Forderungen.

Quelle: Europäische Zentralbank (EZB).

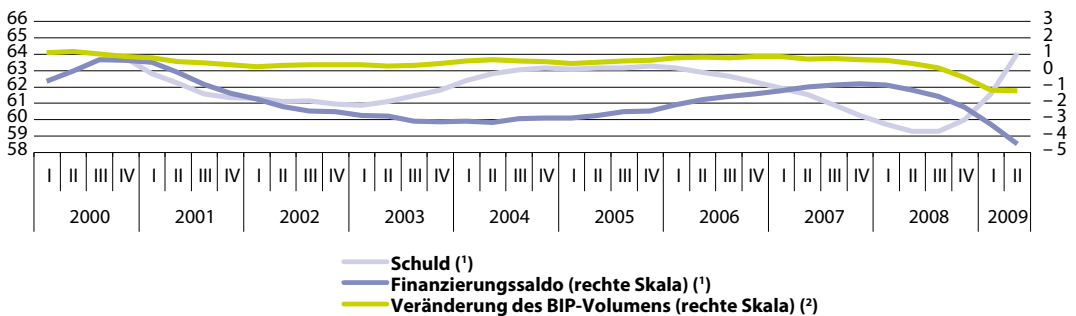
### Staat

Bei der Kreditaufnahme und der Verschuldung des Sektors Staat in der EU-27 war während des Jahres 2008 und Anfang 2009 infolge der Reaktionen der Regierungen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise ein starker Anstieg zu verzeichnen (siehe Abbildung 29). In Abbildung 30 werden die Entwicklung des Finanzierungssaldos (rechte Skala) und eine Analyse der wichtigsten Einnahmen- und Ausgabenkategorien des Sektors Staat (linke Skala) dargestellt. Auf der Einnahmenseite werden Steuern abzüglich Produktionssubventionen sowie Einkommen- und Vermögenssteuern ausgewiesen. Auf der Ausgabenseite werden insbesondere die Entgelte für staatliche Arbeitnehmer und Sozialbeiträge abzüglich Leistungen, die unter dem Überschuss/Defizit des Sozialversicherungssystems ausgewiesen werden (einschließlich staatlicher Rentensysteme), erfasst. Im Laufe der Jahre 2008 und 2009 war ein Anstieg des staatlichen Defizits in der EU-27 zu verzeichnen, der vorwiegend darauf zurückzuführen war, dass die Nettoeinnahmen aus Produktions-

steuern abzüglich Subventionen gesunken und die Nettozahlungen für die Sozialversicherung zusammen mit anderen Zahlungen gestiegen sind. In Abbildung 31 werden die gesonderten Werte für die Sozialversicherungsbeiträge und Sozialleistungen aus den Sozialversicherungssystemen dargestellt: Als Anteil am BIP war für beide Kategorien 2008 und 2009 ein Anstieg zu verzeichnen, wobei die Sozialleistungen schneller zunahm. Abbildung 32 bietet eine ähnliche Analyse für Produktions- und Einfuhrabgaben sowie die Subventionen: Trotz des rückläufigen BIP war ab 2007 ein Rückgang der Produktions- und Einfuhrabgaben als Anteil am BIP festzustellen, während sich die Subventionen relativ stabil hielten.

Das Nettofinanzvermögen des Sektors Staat im Euroraum wird zusammen mit einer Analyse der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Abbildung 33 dargestellt. Der im vierten Quartal 2008 zu verzeichnende Anstieg des negativen Nettovermögens war hauptsächlich auf eine Erhöhung der Verbindlichkeiten zurückzuführen.

**Abbildung 29:** Öffentlicher Schuldenstand und öffentliches Defizit in Prozent des BIP, EU-27 (in %)



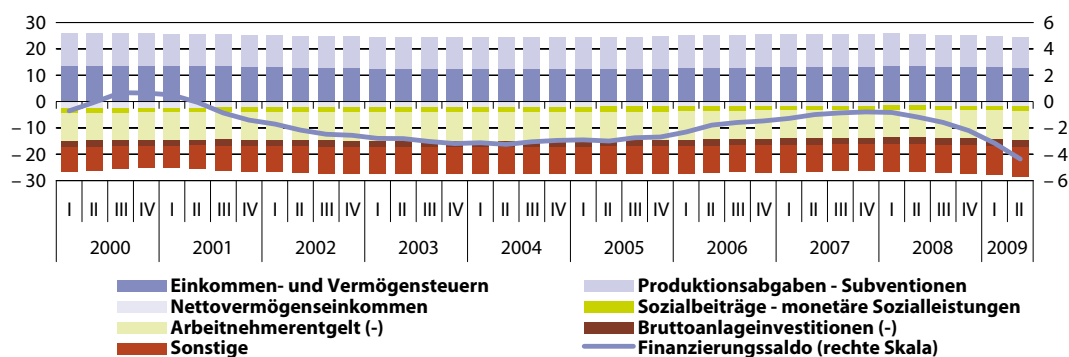
(<sup>1</sup>) In % des BIP, auf Grundlage eines Durchschnitts über vier Quartale.  
 (<sup>2</sup>) Änderung gegenüber dem Vorquartal (saisonbereinigt).

Quelle: Eurostat ([gov\\_q\\_ggnfa](#), [gov\\_q\\_ggdebt](#) und [namq\\_gdp\\_k](#))



**Abbildung 30:** Staat: Einnahmen- und Ausgabenkomponenten, EU-27 (¹)

(in %)

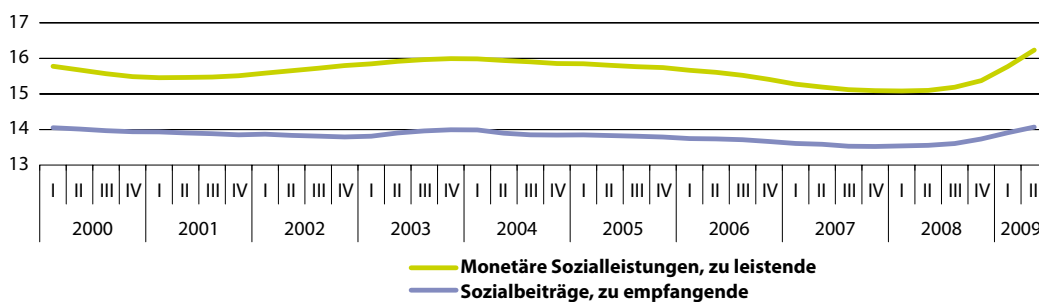


(¹) In % des BIP, auf Grundlage von kumulierten Beträgen über vier Quartale.

Quelle: Eurostat ([nasq\\_sector](#)) und Europäische Zentralbank (EZB).

**Abbildung 31:** Staat: Sozialbeiträge und -leistungen, EU-27 (¹)

(in %)



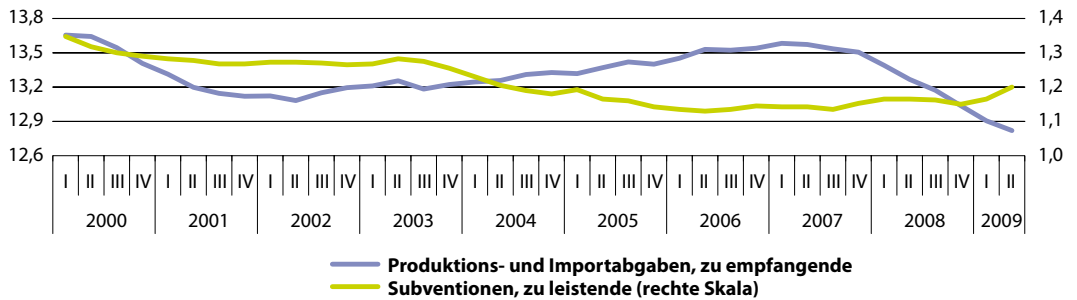
(¹) In % des BIP, auf Grundlage von kumulierten Beträgen über vier Quartale.

Quelle: Eurostat ([gov\\_q\\_ggnfa](#))



**Abbildung 32:** Staat: Steuern und Subventionen, EU-27 (¹)

(in %)

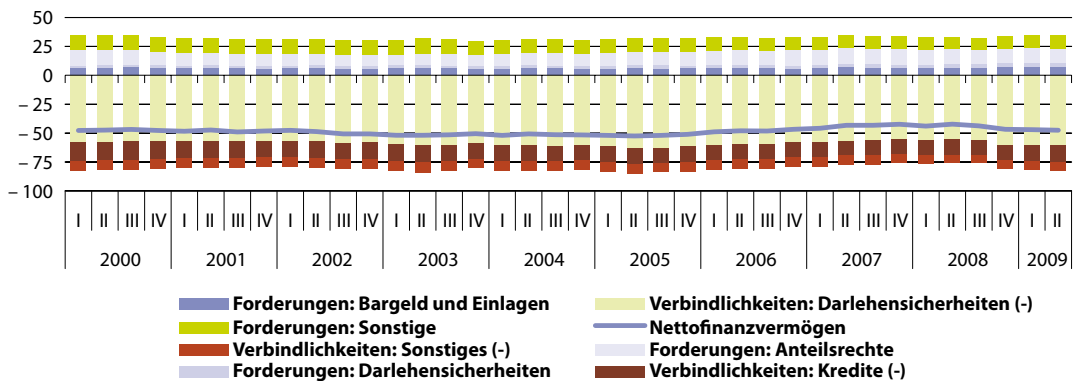


(¹) In % des BIP, auf Grundlage von kumulierten Durchschnittswerten über vier Quartale.

Quelle: Eurostat ([gov\\_q\\_ggnfa](http://gov_q_ggnfa))

**Abbildung 33:** Staat: Bestand an finanziellen Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Nettofinanzvermögen, Euroraum (¹)

(in %)



(¹) In % des BIP, auf Grundlage von kumulierten Beträgen über vier Quartale.

Quelle: Europäische Zentralbank (EZB).



### 3.3 Auswirkungen der Rezession – gemessen anhand sonstiger makroökonomischer Indikatoren

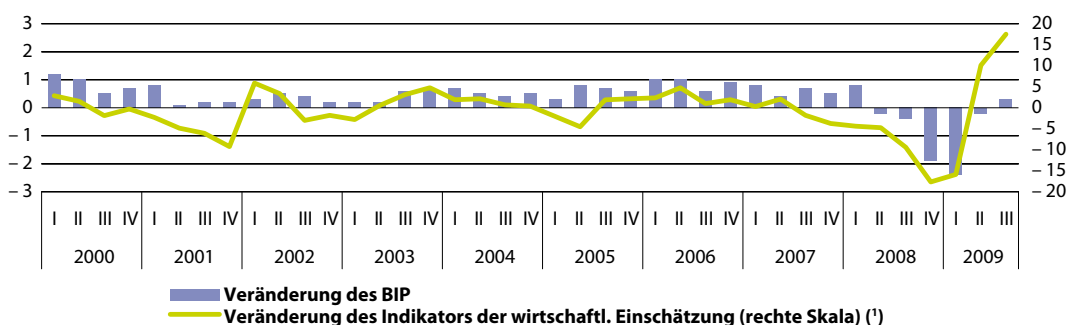
Die Indikatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden häufig zur Ergänzung des von anderen Konjunkturindikatoren gezeichneten Bildes herangezogen. Da sie üblicherweise am Ende des statistischen Prozesses stehen, sind die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oft ausführlicher und bieten eine kohärente und integrierte Struktur für die von sonstigen makroökonomischen Indikatoren ausgehenden Signale (wie Konjunktur- und Geschäftsklimaindikatoren, Inflation, Beschäftigung/Arbeitslosigkeit). In dieser Veröffentlichung finden sich noch Informationen zu den jährlichen Statistiken für zahlreiche dieser Indikatoren: In den Unterkapiteln 1.3, 1.4 und 1.5 werden z. B. Zinssätze, Verbraucherpreise und Zahlungsbilanzstatistik, in den Unterkapiteln 5.1

und 5.2 Statistiken zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit dargestellt.

#### Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung

Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) ist ein wichtiges Instrument zur frühzeitigen Erkennung von Änderungen des Konjunkturzyklus. Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) der Europäischen Kommission führt regelmäßig harmonisierte Erhebungen für verschiedene Sektoren der Wirtschaft in den Mitgliedstaaten durch. Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung wird als gewogenes Mittel von fünf Vertrauensindikatoren für die Industrie, das Baugewerbe, den Einzelhandel, die Dienstleistungsbranche und die Verbraucher erstellt. Abbildung 34 zeigt den Beginn des letzten Rückgangs des Indikators der wirtschaftlichen Einschätzung im Jahr 2007, der vor dem Rückgang des BIP eingesetzt hatte, während im zweiten Quartal 2009 wieder mehr Vertrauen eingekehrt ist.

**Abbildung 34:** BIP und der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung, EU-27 (in %)



(!) Aus dem monatlichen Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung wurde ein Durchschnittswert für einen vierteljährlichen Index gebildet.

Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen.



### *Inflation*

Die Inflation ist ein weiterer Frühindikator für die Position im Konjunkturzyklus, da sich Änderungen im Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen üblicherweise in der Preisentwicklung widerspiegeln. Innerhalb der EU wird die Inflation anhand des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessen. Dieser wird nach einem harmonisierten Ansatz und einheitlichen Definitionen berechnet, was zu einer vergleichbaren Messgröße für die Inflation im Euroraum, der EU, dem EWR sowie weiteren Drittstaaten (darunter die Kandidatenländer) führt. Diese statistischen Daten bieten eine offizielle Messgröße für die Verbraucherpreisinflation, die für währungspolitische Zwecke und die Beurteilung der Inflationskonvergenz (nach den Anforderungen der Maastricht-Kriterien) verwendet wird.

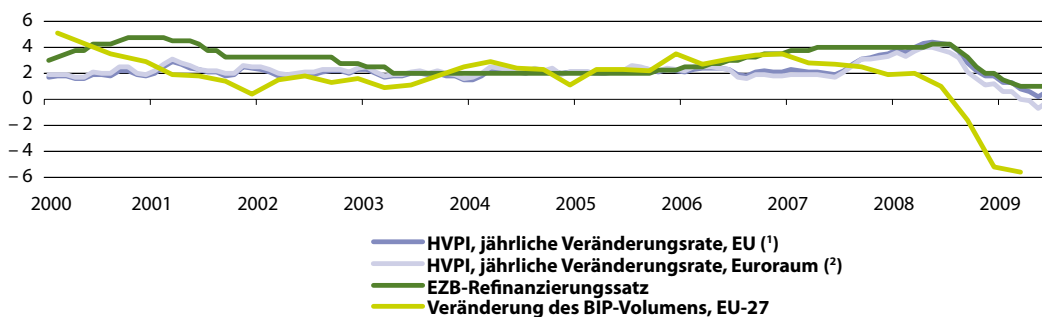
Diesbezüglich von Interesse ist der in Abbildung 35 dargestellte, relativ lange Zeitraum zwischen 2003 und Anfang 2006, in dem die Preisinflation stabil und die Refinanzierungssätze der EZB unverändert blieben. Anschließend haben sich die Zinssätze im Euroraum im Verhältnis zur restriktiven Geldpolitik beinahe verdoppelt, während in den Jahren 2007 und 2008 ein deutlicher Anstieg des HVPI zu

verzeichnen war, der teilweise auf zunehmende Ölpreise und auch höhere Nahrungsmittelpreise zurückzuführen war. Da die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer starken Rezession geführt hat, nahm die EZB erhebliche Senkungen des Refinanzierungssatzes vor, und die am HVPI gemessene Inflationsrate sank innerhalb eines Jahres von etwa 4 % auf fast null. Bis zum Sommer 2009 stabilisierte sich der harmonisierte Verbraucherpreisindex bei einer relativ niedrigen Veränderungsrate, und auch der Refinanzierungssatz der EZB wurde stabil bei 1 % belassen.

Vergleicht man die am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessenen Inflationsraten zwischen September 2008 und September 2009 (in Abbildung 36 und Tabelle 4), so stellt man bei der Inflation große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten der EU fest, wobei alle Länder allerdings einen deutlichen Rückgang ihrer Inflationsraten zu verzeichnen hatten. In den baltischen Staaten und Bulgarien, in denen die Inflation im September 2008 zweistellige Werte erreicht hatte, war der Rückgang am bemerkenswertesten. Ein Jahr später verzeichneten mehrere EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Irland, Portugal und Estland, negative Inflationsraten, während die jährliche Veränderungsrate in Polen nahezu unverändert war.



**Abbildung 35:** Inflation, Zinssätze und vierteljährliches BIP (in %)

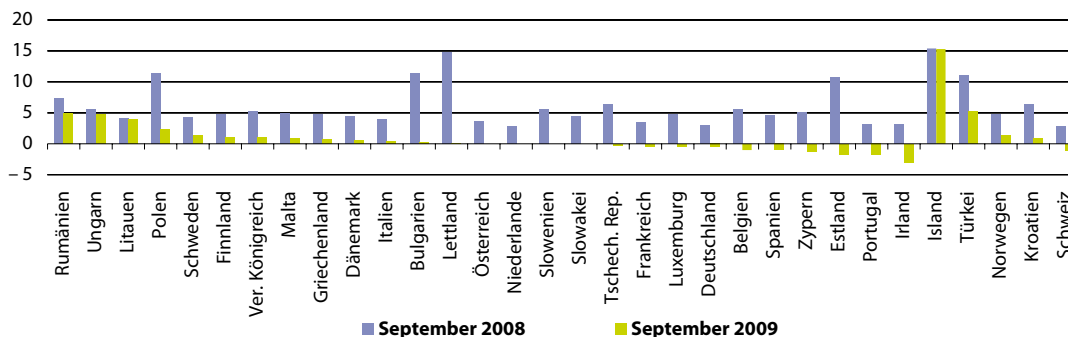


(1) Die Daten beziehen sich auf das amtliche EU-Aggregat, dessen Zusammensetzung sich mit dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten ändert. Dem wird durch die Verwendung eines Kettenindex Rechnung getragen.

(2) Die Daten beziehen sich auf das amtliche Aggregat für den Euroraum, dessen Zusammensetzung sich mit dem Beitritt neuer Staaten zum Euroraum ändert. Dem wird durch die Verwendung eines Kettenindex Rechnung getragen.

Quelle: Eurostat ([prc\\_hicp\\_manr](#), [irt\\_cb\\_m](#) und [namq\\_gdp\\_k](#))

**Abbildung 36:** Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), jährliche Veränderungsrate (in %)



Quelle: Eurostat ([prc\\_hicp\\_manr](#))



**Tabelle 4:** Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), jährliche Veränderungsrate (in %)

	2008			2009								
	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep
<b>EU (¹)</b>	3,7	2,8	2,2	1,8	1,8	1,3	1,3	0,8	0,6	0,2	0,6	0,3
<b>Euroraum (ER) (²)</b>	3,2	2,1	1,6	1,1	1,2	0,6	0,6	0,0	-0,1	-0,7	-0,2	-0,3
Belgien	4,8	3,2	2,7	2,1	1,9	0,6	0,7	-0,2	-1,0	-1,7	-0,7	-1,0
Bulgarien	11,2	8,8	7,2	6,0	5,4	4,0	3,8	3,0	2,6	1,0	1,3	0,2
Tschech. Rep.	5,7	4,1	3,3	1,4	1,3	1,7	1,3	0,9	0,8	-0,1	0,0	-0,3
Dänemark	3,8	2,8	2,4	1,7	1,7	1,6	1,1	1,1	0,9	0,7	0,7	0,5
Deutschland	2,5	1,4	1,1	0,9	1,0	0,4	0,8	0,0	0,0	-0,7	-0,1	-0,5
Estland	10,1	8,5	7,5	4,7	3,9	2,5	0,9	0,3	-0,5	-0,4	-0,7	-1,7
Irland	2,7	2,1	1,3	1,1	0,1	-0,7	-0,7	-1,7	-2,2	-2,6	-2,4	-3,0
Griechenland	4,0	3,0	2,2	2,0	1,8	1,5	1,1	0,7	0,7	0,7	1,0	0,7
Spanien	3,6	2,4	1,5	0,8	0,7	-0,1	-0,2	-0,9	-1,0	-1,4	-0,8	-1,0
Frankreich	3,0	1,9	1,2	0,8	1,0	0,4	0,1	-0,3	-0,6	-0,8	-0,2	-0,4
Italien	3,6	2,7	2,4	1,4	1,5	1,1	1,2	0,8	0,6	-0,1	0,1	0,4
Zypern	4,8	3,1	1,8	0,9	0,6	0,9	0,6	0,5	0,1	-0,8	-0,9	-1,2
Lettland	13,7	11,6	10,4	9,7	9,4	7,9	5,9	4,4	3,1	2,1	1,5	0,1
Litauen	10,7	9,2	8,5	9,5	8,5	7,4	5,9	4,9	3,9	2,6	2,2	2,3
Luxemburg	3,9	2,0	0,7	0,0	0,7	-0,3	-0,3	-0,9	-1,0	-1,5	-0,2	-0,4
Ungarn	5,1	4,1	3,4	2,4	2,9	2,8	3,2	3,8	3,7	4,9	5,0	4,8
Malta	5,7	4,9	5,0	3,1	3,5	3,9	4,0	3,4	2,8	0,8	1,0	0,8
Niederlande	2,5	1,9	1,7	1,7	1,9	1,8	1,8	1,5	1,4	-0,1	-0,1	0,0
Österreich	3,0	2,3	1,5	1,2	1,4	0,6	0,5	0,1	-0,3	-0,4	0,2	0,0
Polen	4,0	3,6	3,3	3,2	3,6	4,0	4,3	4,2	4,2	4,5	4,3	4,0
Portugal	2,5	1,4	0,8	0,1	0,1	-0,6	-0,6	-1,2	-1,6	-1,4	-1,2	-1,8
Rumänien	7,4	6,8	6,4	6,8	6,9	6,7	6,5	5,9	5,9	5,0	4,9	4,9
Slowenien	4,8	2,9	1,8	1,4	2,1	1,6	1,1	0,5	0,2	-0,6	0,1	0,0
Slowakei	4,2	3,9	3,5	2,7	2,4	1,8	1,4	1,1	0,7	0,6	0,5	0,0
Finnland	4,4	3,5	3,4	2,5	2,7	2,0	2,1	1,5	1,6	1,2	1,3	1,1
Schweden	3,4	2,4	2,1	2,0	2,2	1,9	1,8	1,7	1,6	1,8	1,9	1,4
Ver. Königreich	4,5	4,1	3,1	3,0	3,2	2,9	2,3	2,2	1,8	1,8	1,6	1,1
Kroatien	5,7	4,5	2,8	3,2	3,8	3,4	3,5	2,5	1,9	1,2	1,5	0,9
Türkei	12,0	10,8	10,1	9,5	7,7	7,9	6,1	5,2	5,7	5,4	5,3	5,3
Island	17,9	19,8	21,0	21,9	21,6	19,9	16,3	15,7	16,7	16,5	16,0	15,3
Norwegen	5,1	3,3	2,6	2,6	2,8	2,6	2,9	2,9	3,5	2,2	1,8	1,4
Schweiz	2,6	1,2	0,3	-0,1	-0,1	-0,7	-0,6	-1,1	-1,2	-1,4	-1,0	-1,1

(¹) Die Daten beziehen sich auf das amtliche EU-Aggregat, dessen Zusammensetzung sich mit dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten ändert. Dem wird durch die Verwendung eines Kettenindex Rechnung getragen.

(²) Die Daten beziehen sich auf das amtliche Aggregat für den Euroraum, dessen Zusammensetzung sich mit dem Beitritt neuer Staaten zum Euroraum ändert. Dem wird durch die Verwendung eines Kettenindex Rechnung getragen.

Quelle: Eurostat ([prc\\_hicp\\_manr](#))



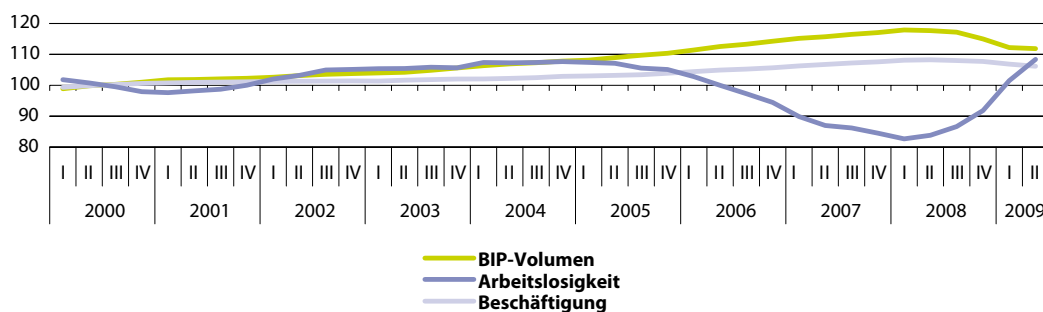
### Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigungszahlen hinken üblicherweise den übrigen für die Konjunkturanalyse verwendeten Indikatoren hinterher, da ein Wirtschaftsaufschwung oder -abschwung in der Regel erst mit einiger Verzögerung am Arbeitsmarkt ankommt. Abbildung 37 ist zu entnehmen, dass der Rückgang der Beschäftigung in der EU-27 erst im zweiten Halbjahr 2008 einsetzte und die Arbeitslosenquote in der EU-27 Anfang 2009 auf einen Tiefstand gesunken ist (und im gleichen Zeitraum das Volumen des vierteljährlichen BIP einen Höchststand erreichte). In den Jahren 2008 und 2009 war ein starker Anstieg der Zahl der Arbeitslosen festzustellen: Zum Zeitpunkt der Abfassung der

vorliegenden Veröffentlichung zeigen die aktuellsten Daten (Januar 2010), dass die Arbeitslosenquote weiter zunimmt und das vierteljährliche BIP langsam wächst.

Die Abbildungen 38 und 39 sowie die Tabelle 5 vermitteln ein genaues Bild von den unterschiedlichen Situationen in den Mitgliedstaaten. Der Arbeitsmarkt in den baltischen Staaten, in Spanien und Irland war eindeutig am stärksten betroffen, während die Arbeitslosenquote zwischen dem zweiten Quartal 2008 und dem zweiten Quartal 2009 in zahlreichen anderen Mitgliedstaaten, insbesondere in Deutschland, relativ gering anstieg (dort versuchte man verstärkt, mit Kurzarbeit die Zahl der Entlassungen zu verringern).

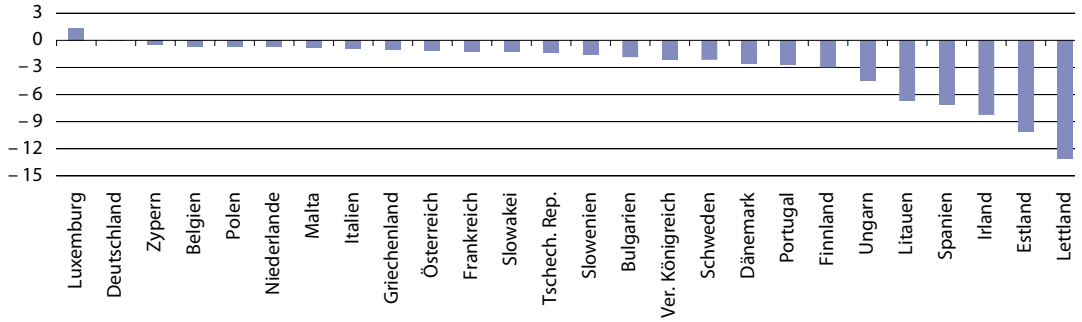
**Abbildung 37:** BIP, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, EU-27 (2000=100)



Quelle: Eurostat (namq\_gdp\_k, lfsi\_grt\_q und une\_nb\_q)



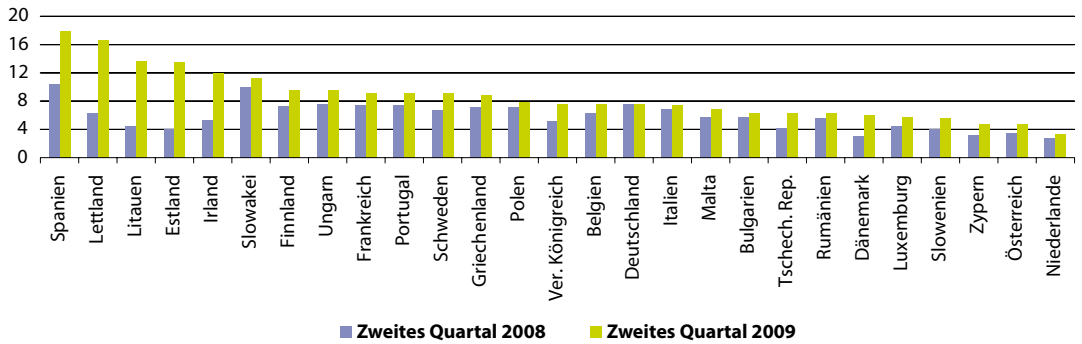
**Abbildung 38:** Beschäftigung, Änderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, zweites Quartal 2009 (!) (in %)



(!) Rumänien: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (lfsi\_grt\_q)

**Abbildung 39:** Arbeitslosenquote (in % der Erwerbspersonen)



Quelle: Eurostat (une\_rt\_q)



**Tabelle 5:** Arbeitslosenquote, saisonbereinigt  
(in % der Erwerbspersonen)

	2006	2007				2008				2009		
	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
<b>EU-27</b>	7,8	7,4	7,2	7,1	6,9	6,7	6,8	7,0	7,5	8,2	8,8	9,1
<b>Euroraum (ER)</b>	8,0	7,7	7,5	7,4	7,3	7,2	7,4	7,6	8,0	8,8	9,3	9,6
Belgien	8,0	7,8	7,9	7,0	7,1	6,9	6,7	7,4	7,0	7,7	7,7	7,9
Bulgarien	8,4	7,6	7,0	6,8	6,2	6,1	5,9	5,3	5,2	6,0	6,3	7,2
Tschech. Rep.	6,6	5,9	5,4	5,1	4,9	4,5	4,3	4,3	4,5	5,5	6,3	6,9
Dänemark	3,7	4,1	3,7	3,9	3,4	3,2	3,1	3,3	3,8	4,7	5,9	6,1
Deutschland	9,2	8,8	8,5	8,3	8,0	7,6	7,3	7,2	7,1	7,3	7,6	7,6
Estland	5,5	5,1	5,2	4,3	4,0	4,0	4,1	6,5	7,7	11,0	13,3	:
Irland	4,3	4,4	4,6	4,6	4,7	4,7	5,3	6,4	7,7	10,3	12,1	12,6
Griechenland	8,7	8,6	8,4	8,2	8,0	7,8	7,5	7,5	7,9	8,8	9,2	:
Spanien	8,3	8,1	8,0	8,4	8,6	9,2	10,5	11,9	14,0	16,5	17,9	18,9
Frankreich	9,0	8,8	8,5	8,2	7,9	7,6	7,7	7,9	8,3	8,9	9,4	9,8
Italien	6,5	6,0	5,9	6,2	6,4	6,6	6,8	6,8	6,9	7,4	7,4	:
Zypern	4,2	4,2	4,0	3,8	3,8	3,7	3,5	3,5	3,7	4,4	5,2	5,6
Lettland	6,2	6,5	5,9	6,2	5,5	6,1	6,2	7,5	10,2	13,2	16,4	18,7
Litauen	4,9	4,7	4,3	4,1	4,1	4,5	4,8	6,3	8,1	11,0	13,8	:
Luxemburg	4,6	4,4	4,1	4,1	4,2	4,4	4,8	5,1	5,3	5,8	6,3	6,5
Ungarn	7,6	7,2	7,1	7,3	7,9	7,6	7,7	7,8	8,1	9,2	9,7	9,6
Malta	6,8	6,7	6,4	6,4	6,2	5,9	5,9	5,9	6,1	6,6	7,1	7,2
Niederlande	3,7	3,5	3,2	3,1	2,9	2,8	2,8	2,7	2,7	2,9	3,2	3,5
Österreich	4,5	4,4	4,5	4,6	4,1	4,0	3,5	3,8	4,1	4,4	4,8	4,8
Polen	12,3	10,8	9,8	9,3	8,6	7,6	7,3	6,9	6,9	7,7	8,0	8,1
Portugal	8,2	8,3	8,2	8,1	7,8	7,6	7,6	7,8	8,0	8,8	9,2	9,2
Rumänien	7,2	6,4	6,6	6,4	6,2	5,7	5,7	5,8	5,9	6,2	6,4	:
Slowenien	5,5	5,3	4,9	4,6	4,7	4,7	4,4	4,3	4,2	4,9	5,8	5,9
Slowakei	12,4	11,4	11,2	11,3	10,7	10,2	9,8	9,1	9,1	10,1	10,9	11,7
Finnland	7,4	7,1	6,9	6,9	6,6	6,3	6,2	6,4	6,7	7,4	8,2	8,5
Schweden	6,6	6,4	6,2	6,0	6,0	5,9	6,0	6,3	6,7	7,4	8,1	8,6
Ver. Königreich	5,5	5,5	5,3	5,3	5,1	5,1	5,3	5,8	6,3	7,0	7,7	:
Kroatien	10,4	10,4	9,6	9,3	9,1	8,8	8,3	8,1	8,2	8,6	9,1	9,4
Türkei	8,1	8,2	8,5	8,7	8,8	8,9	9,0	9,9	11,2	12,5	13,2	:
Norwegen	2,9	2,7	2,5	2,5	2,4	2,4	2,5	2,4	2,8	3,1	3,1	:
Japan	4,0	4,0	3,8	3,8	3,8	3,9	4,0	4,0	4,0	4,5	5,2	:
Ver. Staaten	4,4	4,5	4,5	4,7	4,8	4,9	5,4	6,1	6,9	8,1	9,3	9,6

Quelle: Eurostat (une\_rt\_q)



### 3.4 Auswirkungen der Rezession – statistische Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise stehen die Statistiker vor zahlreichen neuen Herausforderungen. Bei nationalen statistischen Ämtern, EU-Organen und internationalen Organisationen beschäftigte Statistiker werden immer häufiger von Wirtschaftsakteuren und politischen Entscheidungsträgern dazu aufgefordert, die zeitnahe und zuverlässige Bereitstellung relevanter statistischer Indikatoren zu verbessern. Durch den weltweiten Charakter der Krise wurden die globale Dimension wirtschaftlicher und finanzieller Phänomene, die Integration der Finanzmärkte und die Schnelligkeit des Informationsflusses deutlich. Dies führte zu Forderungen nach einer eingehenden Bewertung der Rolle, die amtliche Statistiken bis zum Beginn der Krise gespielt haben, und der künftigen Funktion der statistischen Daten.

#### *Reaktionen des Europäischen Statistischen Systems (ESS)*

Die Reaktion der Statistikämter sowie die Kapazitäten der Behörden zur Bewältigung der Krise waren auf dem Prüfstand. Das Europäische Statistische System (ESS) stellte sich auf diese Herausforderungen ein und reagierte schnell, um die neuen und dringenden Anforderungen auf nationaler Ebene, auf EU-Ebene und auf internationaler Ebene zu erfüllen.

Die ungewöhnliche Entwicklung der Finanzmärkte und ihre Folgen für die Realwirtschaft erforderten vom ESS eine rasche und kohärente Reaktion, die insbesondere den folgenden Dimensionen Rechnung trägt:

- statistische Folgen für ausgewählte statistische Schlüsselbereiche mit besonderer Bedeutung für Verwaltungs-

zwecke auf europäischer Ebene (z. B. die angemessene Verbuchung von Bank- und sonstigen Rettungsoperationen für die Märkte in Zusammenhang mit den öffentlichen Finanzen);

- schnelle Verfügbarkeit von Konjunkturindikatoren für die Überwachung der Auswirkungen der Krise und der ergriffenen Maßnahmen;
- internationale Koordinierung;
- verbesserte Kommunikation auf verschiedenen Ebenen zwischen Nutzern und Akteuren.

Für die Reaktion des ESS auf die Krise war daher ein vielschichtiger Ansatz erforderlich, und der Handlungsrahmen beruhte auf drei Achsen:

- ESS-Aktionsplan zu den Folgen der Finanzkrise für die Rechnungslegung;
- regelmäßige Erstellung von wichtigen Konjunkturindikatoren und
- kritische Analyse der methodischen und praktischen Aspekte in Zusammenhang mit dem statistischen Produktionsprozess.

#### **Folgen für die Rechnungslegung im Bereich öffentliche Finanzen**

Mit seiner Reaktion musste das Europäische Statistische System (ESS) insbesondere sicherstellen, dass die statistischen Folgen der Finanzkrise auf die wichtigsten Statistiken, die in der EU für Verwaltungszwecke und die Bewertung der öffentlichen Finanzen zugrunde gelegt werden, angemessen und korrekt berücksichtigt werden.

Mit der sich seit dem Spätsommer 2008 verschärfenden Finanzkrise wurden Regierungen und Zentralbanken in den europäischen Ländern auf vielfältige Weise tätig. Man wollte damit das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherstellen, zu-



nächst einzelne in Not geratene Finanzinstitute retten und danach durch ein koordiniertes Vorgehen zugunsten einer Vielzahl von Finanzinstituten – ungeachtet ihrer jeweiligen Situation – eingreifen. Damit wurde dem systemischen Charakter der Situation Rechnung getragen.

Für sämtliche dieser Operationen war, insbesondere im Rahmen der Statistik der öffentlichen Finanzen, eine angemessene Verbuchung und statistische Behandlung erforderlich. Diesbezüglich musste vom ESS vor allem sichergestellt werden, dass öffentliche Interventionen im Zeitverlauf und in allen Ländern unter Einhaltung der Vorschriften des ESVG 95 auf konsistente Weise statistisch behandelt werden.

Der ESS-Aktionsplan zu den Folgen der Finanzkrise für die Rechnungslegung<sup>(10)</sup> wurde ins Leben gerufen und umgesetzt, um dieses Ziel durch die verstärkte Koordinierung zwischen den europäischen Statistikämtern und eine verbesserte Kommunikation mit Nutzern und Akteuren zu erreichen und entsprechende Maßnahmen zu unterstützen.

In diesem Sinne wurde mit dem ESS-Aktionsplan Folgendes erreicht:

- Koordinierung der Reaktion des ESS auf die Finanzkrise;
- Schärfung des Bewusstseins für die statistischen Auswirkungen;
- Stärkung von Koordinierung und Kommunikation sowie
- Unterstützung von Maßnahmen des ESS zur Bewältigung der Krise.

Die Verbuchung und Behandlung von öffentlichen Interventionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen war für die amtlichen Statistiker eindeutig die wichtigste Frage zur Methodik. In diesem Bereich hat Eurostat in Zusammenarbeit

mit den ESS-Partnern die öffentlichen Interventionen und ihre Auswirkungen auf die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, insbesondere in Bezug auf die für das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit zugrunde gelegte Statistik über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand, genau beobachtet.

Das Ergebnis dieser Analyse lieferte die Hintergrundinformationen für die Festlegung der Methodik zur Behandlung dieser Arten von Operationen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Am 15. Juli 2009 veröffentlichte Eurostat einen Beschluss zur „Statistischen Erfassung öffentlicher Interventionen zur Unterstützung von Finanzinstituten und Finanzmärkten während der Finanzkrise“<sup>(11)</sup>.

### Internationale Zusammenarbeit

Darüber hinaus zeigte der weltweite Charakter der Krise einige Grenzen der amtlichen Statistik auf (internationale Vergleichbarkeit, Aktualität und besondere Indikatoren in Schlüsselbereichen wie dem Wohnungsmarkt). Die Reaktion der internationalen amtlichen Statistiker umfasste drei Aspekte:

- Verbesserung der Vermittlung der verfügbaren Statistiken;
- Einleitung einer grundlegenden Analyse zur Ermittlung der idealen statistischen Instrumente für politische Entscheidungsträger/Analysten/Wirtschaftsakteure und
- Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit von Schlüsselindikatoren.

Zwei Initiativen sind in diesem Bereich von besonderer Bedeutung:

- die Tätigkeit der (aus IWF, BIZ, Eurostat, EZB, Weltbank, UNSC bestehenden) Inter-agency Group on Economic

<sup>(10)</sup> [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/financial\\_turmoil/introduction](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/financial_turmoil/introduction).

<sup>(11)</sup> Eurostat Pressemitteilung 103/2009 – 15. Juli 2009.

and Financial Statistics (IAG) zu den statistischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und

- drei internationale Seminare, die gemeinsam von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen (UNSD), Eurostat und einigen nationalen statistischen Ämtern organisiert werden; zwei dieser Seminare fanden bereits statt.

Zunächst wurde im Mai 2009 in Ottawa ein internationales Seminar zur Aktualität, Methodik und Vergleichbarkeit von Schnell-schätzungen zur Wirtschaftsentwicklung abgehalten, das von Statistics Canada, UNSD und Eurostat veranstaltet wurde<sup>(12)</sup>. Anschließend fand in Scheveningen (Niederlande) im Dezember 2009 ein von CBS, UNSD und Eurostat organisiertes internationales Seminar zu Frühwarnungen und Konjunkturindikatoren statt<sup>(13)</sup>.

Beide Gruppen bemühten sich, die Wirtschafts- und Finanzindikatoren festzulegen, die von den nationalen statistischen Behörden regelmäßig zur Überwachung der Wirtschaftsentwicklung erstellt werden sollten. Die interinstitutionelle Gruppe richtete die Website „Principal Global Indicators“ ein, auf der die verfügbaren Indikatoren zu finden sind, die von internationalen Institutionen für verschiedene Länder in relevanten statistischen Bereichen regelmäßig erstellt werden.

Die Arbeiten all dieser Gruppen werden dazu herangezogen, die Anforderungen zu erfüllen, die von den Finanzministern und Zentralbankpräsidenten der G-20 an die Statistiken zur Finanz- und Wirtschaftskrise gestellt wurden.

#### 4. Die Zukunft – Herausforderungen und Einschränkungen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Eine der ständigen Herausforderungen für die europäische Statistik besteht auch im Bereich der makroökonomischen Statistik in der Qualitätssicherung bzw. -verbesserung. Die Qualität der Daten kann anhand einer Reihe von Kriterien – z. B. Genauigkeit, Aktualität oder Kohärenz – bewertet werden. In den vergangenen Jahren kam es in vielen Bereichen der europäischen Statistik, unter anderem auch in der makroökonomischen Statistik, zu Verbesserungen bei gleich mehreren Qualitätskriterien. Beispielsweise wurden die Daten für die EU und den Euroraum durch eine höhere Verfügbarkeit leichter zugänglich. Außerdem investierte man in Datenverbreitung und Dokumentation. Auch die Aktualität hat dank einer Reihe von Maßnahmen zugenommen, etwa durch eine koordiniertere Datenlieferung seitens der Mitgliedstaaten, die Entwicklung und Umsetzung von Schätzverfahren für verspätete Daten, kürzere Fristen für die Bereitstellung von Daten sowie die Entwicklung von Frühschätzungen. Die internationale Vergleichbarkeit wurde durch die Entwicklung und Einführung immer neuer Leitlinien, Regeln und Empfehlungen gesteigert.

Politische Entwicklungen, Änderungen der zu beobachtenden wirtschaftlichen Phänomene und innovative Techniken zur Datenproduktion lassen ein dynamisches Umfeld für Statistiker entstehen. Gleichzei-

<sup>(12)</sup> <http://unstats.un.org/unsd/nationalaccount/workshops/2009/ottawa/ac188-2.asp>.

<sup>(13)</sup> <http://unstats.un.org/unsd/nationalaccount/workshops/2009/Niederlande/ac202-2.asp>.



tig steigen der Datenbedarf und die Anforderungen der Nutzer an die Schnelligkeit und Häufigkeit der Datenlieferungen und an die Gliederungstiefe. Angesichts des langen Zeitraums, der für die Entwicklung oder Verbesserung von statistischen Daten erforderlich ist, wird der Bedarf der Nutzer nur selten vollständig gedeckt. Daher muss ständig an Entwicklung, Ausbau und Erhalt des statistischen Systems gearbeitet werden. Allerdings können die steigenden Nutzeranforderungen immer mehr zu einer Belastung für die Befragten führen.

Bemühungen um Verbesserungen in einem Bereich können Schwachstellen in anderen Bereichen zur Folge haben. Eine wichtige Herausforderung für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und im weiteren Sinn für

die makroökonomischen Konjunkturdaten, wie die „Wichtigsten Europäischen Wirtschaftsindikatoren“ (WEWI), besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen der Aktualität der Daten sowie ihrer Genauigkeit und dem Umfang späterer Revisionen zu erzielen.

Neben dieser grundlegenden Schwierigkeit, gleichzeitig Aktualität und Genauigkeit zu steigern, stellen sich weitere Herausforderungen. Während innerhalb der EU die makroökonomische Analyse des Konjunkturzyklus mit der Entwicklung und Erweiterung der WEWI bereits über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hinausgeht, hat die notwendig gewordene internationale Vergleichbarkeit dazu geführt, dass dieses Phänomen auf die wichtigsten internationalen Indikatoren übergreift (siehe Kasten 2).

### **Kasten 2: Inter-agency Group on Economic and Financial Statistics – Statistik-Website der G-20**

Die Inter-agency Group on Economic and Financial Statistics hat eine Website mit Wirtschafts- und Finanzdaten der aus Industrie- und Schwellenländern bestehenden Gruppe der Zwanzig (G 20) freigeschaltet: <http://financialdatalink.sharepointsite.net/default.aspx>.

Mit dieser Website soll die Überwachung der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung in diesen Ländern erleichtert werden. Es werden die Daten der teilnehmenden internationalen Stellen für eine Reihe von wichtigen internationalen Indikatoren bereitgestellt, die die finanziellen, staatlichen, real- und außenwirtschaftlichen Sektoren der G-20-Länder betreffen, und zu denen eine Reihe weiterer makroökonomischer Indikatoren wie Inflation, Arbeitslosigkeit und Zinssätze hinzukommt.

Die Inter-agency Group on Economic and Financial Statistics wurde Ende 2008 ins Leben gerufen und setzt sich aus Vertretern der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Europäischen Zentralbank (EZB), von Eurostat, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Vereinten Nationen (UN) sowie der Weltbank zusammen. Den Vorsitz führt der IWF, der auch die Website betreut.

#### 4.1 Globalisierung

Der internationale Vergleich von Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weist bereits eine lange Tradition auf, obwohl die Entwicklung internationaler Leitlinien, Regeln und Empfehlungen in den letzten Jahrzehnten intensiviert wurde. Das erste System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA) wurde 1958 veröffentlicht. Die internationale Harmonisierung des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen verlief parallel zu einer Reihe von wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen wie der Schaffung des europäischen Binnenmarkts und der Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen – Stichwort Globalisierung. Infolge der Globalisierung stieg das Interesse an vergleichbaren Messgrößen für Volkswirtschaften, die die Möglichkeit bieten, Vergleiche innerhalb der EU, mit anderen entwickelten Volkswirtschaften, sich rasch entwickelnden Volkswirtschaften und benachbarten Kandidatenländern bzw. potenziellen Kandidatenländern anzustellen.

Globalisierung kann relativ eng definiert und als der Austausch beschrieben werden, der in einem immer höheren Ausmaß zwischen den Volkswirtschaften erfolgt und u. a. Güter, Dienstleistungen, Informationen (einschließlich Technologie), Kapital und Arbeitskräften umfasst. Eine breitere Definition kann auch den Austausch im sozialen und kulturellen Bereich einschließen. Dieser wirtschaftliche Austausch führt zu einer stärkeren Integration und Interdependenz der betreffenden Volkswirtschaften, etwa zwischen den Finanzmärkten und innerhalb der Produktionsketten. Das in den letzten Jahrzehnten immer höhere Tempo der wirtschaftlichen Globalisierung kann zum Teil auf die Beseitigung von Hindernissen (z. B. im Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie für Kapitalbewegungen) und auf gesunkene Transport- und Kommunikationskosten zurückgeführt werden.

Die Globalisierung ist Gegenstand verschiedener Arten von Analysen, die auch zur

Währungs- und Wirtschaftspolitik angestellt werden. Höhere Zu- und Abflüsse in einer Volkswirtschaft wirken sich direkt auf interne Themen wie Inflation und Geldmenge aus und bestimmen, in welchem Ausmaß diese von der nationalen Politik beeinflusst werden können. Die Auswirkungen von Entwicklungen in einer Volkswirtschaft auf andere Volkswirtschaften sind möglicherweise nicht unmittelbar spürbar, da sie von Markt zu Markt und von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft übertragen werden. Die Herausforderung für die Statistik besteht darin, Informationen über diese durch die Globalisierung verstärkten Interdependenzen bereitzustellen.

Die sich wandelnde Weltwirtschaft verlangt einerseits von den Statistikern, sich mit den für die Messung der Wirtschaft erforderlichen Indikatoren auseinanderzusetzen und bewirkt andererseits, dass die Analyse langer Zeitreihen von Daten an Nutzen verliert: Inwieweit sind die Erfahrungen aus einer weniger globalisierten Welt für aktuelle und künftige Entwicklungen von Bedeutung? Diese Frage verdeutlicht die Probleme, mit denen Analysten bei der Entwicklung von Modellen oder der Auslegung von Prognosen konfrontiert sind.

#### 4.2 Aktualisierung des SNA

Im Jahr 2003 brachte die Statistische Kommission der Vereinten Nationen (UNSC) die Aktualisierung des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA) 1993 auf den Weg. Sie betraute damit eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Statistikabteilung der Vereinten Nationen (UNSD), des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen, die die fünfte Fassung des SNA (SNA 2008) in zwei Bänden erarbeitete (Band 2 wurde durch die United Na-



tions Statistics Division in ihrer 40. Sitzung im Februar 2009 verabschiedet). Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Veröffentlichung ist die endgültige Fassung des SNA 2008 in englischer Sprache in einem Band verfügbar <sup>(14)</sup>. Sie umfasst sämtliche Kapitel, die den Rahmen für die Rechnungslegungsgrundsätze, die Gesamtrechnungen und die Integration der Gesamtrechnungen sowie die Auslegungen der Gesamtrechnungen und Erweiterungen wie Satellitenkonten beleuchten.

Im Bericht zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die 38. Sitzung der UNSC wurden die wichtigsten Änderungen genannt, für die eine Aktualisierung empfohlen wird. Die Aktualisierungen bezogen sich auf Themen, die seit der letzten Aktualisierung an Bedeutung gewonnen hatten, nämlich die Beseitigung von mangelnder Konsistenz, die Harmonisierung des SNA mit anderen Handbüchern sowie die Umsetzung von Fortschritten, die in der Forschung seit der letzten Aktualisierung erzielt worden waren. Was die meisten Empfehlungen betrifft, so

- wurde auf Einheiten und Transaktionen Bezug genommen, die Charakteristika einer zunehmend globalisierten Wirtschaft darstellen;
- waren sie auf ein steigendes Interesse an den Quellen von Vermögen und Schulden zurückzuführen;
- wurde die wachsende Bedeutung von immateriellen Vermögensgütern anerkannt;
- fanden weitere Innovationen auf den Finanzmärkten Berücksichtigung;
- spiegelten sie – angesichts einer älter werdenden Bevölkerung – das Interesse an besseren Messgrößen für die Auswirkungen von Pensionsverpflichtungen wider;
- wurde anerkannt, dass es besserer Messgrößen für den öffentlichen Schuldenstand und das öffentliche Defizit bedarf.

Die Aktualisierung des SNA 1993 und die Überarbeitung des „Balance of Payments Manual“ erfolgte in enger Abstimmung. Auch auf eine weitere Harmonisierung mit dem „Government Finance Statistics Manual“ des IWF, dem „Monetary and Financial Statistics Manual“ und dem Integrierten System umweltökonomischer Gesamtrechnungen (Integrated Environmental and Economic Accounting) wurde geachtet. Zu den wichtigsten Änderungen zählen folgende Punkte:

- Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind ebenso wie Militärausgaben, die als Investitionen anzusehen sind, als Anlageinvestitionen und nicht als Konsum zu erfassen.
- Ungeachtet der Art des Versorgungssystems ist eine umfassende Rechnungsführung über die Pensionsverpflichtungen von Kapitalgesellschaften und des Staats, die allen Privatpersonen zugutekommen, zu erstellen.
- Zur Veredelung bestimmte Waren sind auf der Grundlage der Eigentumsübertragung zu erfassen. So hat beispielsweise die passive Veredelung im Ausland keinen Einfluss auf die Import- und Exportzahlen.

#### 4.3 Überarbeitung des ESVG

Im Juni 2007 legten die für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständigen Direktoren aus ganz Europa die Grundlagen für die Überarbeitung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG) fest:

- Ausgangspunkt ist der konsolidierte Text der bestehenden Verordnung und nachfolgender Verordnungen, wie jener über die Verbuchung von Steuern und Sozialbeiträgen, deren Einziehung unwahrscheinlich ist.

<sup>(14)</sup> Nähere Informationen unter: <http://unstats.un.org/unsd/nationalaccount/SNA2008.pdf>.





- Sämtliche auf internationaler Ebene vereinbarten Empfehlungen und Klarstellungen, wie die Aktivierung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung, sind zu berücksichtigen.
- Angestrebt wird ein stärker integriertes System; zu rechnen ist mit Auswirkungen auf zahlreiche verwandte statistische Bereiche, wie Forschung und Entwicklung, Umwelt-, Landwirtschaft- und Tourismuskonten, Bevölkerungs-, Arbeitskräfte- und Sozialschutzstatistiken sowie Zahlungsbilanz.
- Kapitel 21 befasst sich mit der Beziehung zwischen der **betrieblichen Buchführung** und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
- In Kapitel 22 wird ein einheitlicher Rahmen für funktionell orientierte **Satellitenkonten** vorgestellt, wobei der Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung liegt, die mittel- oder langfristig in den Kern des Kontensystems aufzunehmen sind. Darüber hinaus wird ein kurzer Überblick über die Satellitenkonten – landwirtschaftliche Gesamtrechnungen, umweltökonomische Gesamtrechnungen und Sozialschutz – gegeben, für die bereits ein recht vollständiger, abgestimmter und operationeller Methodik-Rahmen entwickelt wurde.

Die Änderungen des ESVG 95 beruhen auf verschiedenen Empfehlungen, die im Rahmen der Aktualisierung des SNA unterbreitet wurden. Bei den meisten bereits vorliegenden Kapiteln wurde die Struktur beibehalten oder nur leicht geändert. Drei bestehende Kapitel wurden im neuen ESVG erweitert, nämlich Kapitel 9 (Input-Output-System), Kapitel 12 (vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) und Kapitel 13 (regionale Gesamtrechnung). Darüber hinaus wurde auch eine Reihe von neuen Kapiteln verfasst.

- In Kapitel 19 (**europäische Gesamtrechnungen**) werden das Ziel und der Umfang ebenso erläutert wie die Erstellung der europäischen Gesamtrechnungen, einschließlich jener der EU-Organe, die Behandlung der übrigen Welt, die Aggregations- und Saldierungsfrage sowie die Konsistenz mit Quellen und sonstigen europäischen makroökonomischen Statistiken.
- In Kapitel 20 (**Staatskonten**) werden die Grundprinzipien in Bezug auf die Abgrenzung des Sektors Staat, die Beziehungen mit öffentlichen Kapitalgesellschaften, die Fragen der Rechnungslegung in Zusammenhang mit Staat und Kapitalgesellschaften, Nettodefizit bzw. Nettoüberschuss des Staates und der Zusammenhang mit der Staatsverschuldung beleuchtet.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Veröffentlichung war die Überarbeitung des ESVG noch im Gange; der Text wird derzeit fertiggestellt. Folgender Zeitplan ist vorgesehen:

- Annahme des Vorschlags der Europäischen Kommission im Juni 2010;
- Annahme der Verordnung durch das Europäische Parlament und den Rat im Jahr 2012;
- Einführung der Methodik und des Lieferprogramms des neuen ESVG im Jahr 2014; vermutlich wird die Verordnung zwei Anhänge umfassen, einen zur Methodik und einen zum Lieferprogramm.

Das Thema der Konsistenz ist für das neue ESVG von wesentlicher Bedeutung. Es wird insbesondere von einer ESVG-Prüfungsgruppe behandelt, der Mitglieder der Arbeitsgruppe „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ und der Arbeitsgruppe „Finanzkonten“ angehören. Jeder Entwurf eines Kapitels für das neue ESVG wird von der ESVG-Prüfungsgruppe erörtert. Des Weiteren befasst sich eine aus Vertretern von Eurostat und EZB bestehende Gruppe mit der Frage der Konsistenz.



#### 4.4 Das BIP und mehr: die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel

Zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird in Bezug auf ihre Erfassung und Bedeutung für bestimmte Analysearten häufig Kritik geäußert. In einigen Fällen kann die Entwicklung von Zusatztabellen außerhalb des Kerns des Kontensystems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder sogar von Satellitenkonten zu einer Lösung beitragen. Aufgrund ihrer Gestaltung und ihres Zwecks liefern Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen im Allgemeinen und das BIP im Besonderen nicht in jeder Frage eine verlässliche Diskussionsgrundlage. Beispielsweise wird häufig kritisiert, dass das BIP keine Messung des Wohlstands ermöglicht, der nicht nur zahlreiche soziale Konzepte umfasst, sondern auch ein Konzept darstellt, für die Wirtschaftsstatistiken etwa im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur teilweise eine Lösung bieten können. Als weiteres Beispiel sei angeführt, dass sich mit dem BIP die ökologische Nachhaltigkeit nicht messen lässt.

In diesen Fällen ist es möglicherweise angemessen, Indikatoren zur Ergänzung des BIP zu entwickeln, wie beispielsweise im Fall der Entwicklung der Indikatoren der EU für nachhaltige Entwicklung zur Überwachung der Ziele der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung. Initiativen zur Ergänzung des BIP sind nicht neu: Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat einen Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) erarbeitet, um Länder mithilfe einer kombinierten Messung von BIP, Gesundheit und Bildung miteinander zu vergleichen. Die Weltbank war mit ihrer Berechnung der wirklichen Sparquote ein Vorreiter bei der Einbeziehung sozialer und ökologischer Aspekte in die Bewertung des Wohlstands der Nationen. Die OECD führt zurzeit ein globales Projekt zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts durch, bei dem die Verwendung neuartiger Indikatoren in partizipativer Weise gefördert

wird. Die vom französischen Präsidenten eingesetzte Kommission zur Messung von Wirtschaftsleistung und sozialem Fortschritt (Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht) unterbreitete zwölf Empfehlungen für bessere Messgrößen für Wohlergehen und Nachhaltigkeit. Mehrere NGO messen den „ökologischen Fußabdruck“ – eine Messgröße, die einige Behörden als Zielgröße für den ökologischen Fortschritt offiziell anerkannt haben. Des Weiteren haben zahlreiche Wissenschaftler Pilot-Indizes für Wohlergehen und Lebenszufriedenheit entwickelt.

In ihrer Mitteilung „Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ stellt die Europäische Kommission fest, dass vieles dafür spricht, das BIP mit Statistiken zur Berücksichtigung anderer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Fragestellungen zu ergänzen, die ebenfalls entscheidende Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen haben. Die Arbeiten an der Ergänzung des BIP laufen seit mehreren Jahren sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, und die Europäische Kommission will ihre Bemühungen und ihre Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich intensivieren. Es gilt, Indikatoren bereitzustellen, die den Fortschritt bei der nachhaltigen Verwirklichung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ziele messen. In der Mitteilung werden fünf Maßnahmen für eine bessere Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel vorgeschlagen.

##### **1. Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Indikatoren**

In der Mitteilung wird festgestellt, dass die bestehenden wirtschaftlichen Leitindikatoren wie das BIP, die Arbeitslosenquote und die Inflation für die Standortbestimmung in Umweltfragen oder beim Abbau sozialer Ungleichheiten nicht geeignet sind: Ein umfassender Umweltindex ist zu erarbeiten, und die Indikatoren für die Lebensqualität sind zu verbessern. In der Tat gibt es zurzeit keinen umfassenden Umweltindex, der in politischen Diskussionen zusammen mit dem BIP ver-



wendet werden kann. Infrage kämen hierfür insbesondere der ökologische und der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck, die aber nur einen begrenzten Anwendungsbereich haben. Da inzwischen die Verfahren für zusammengesetzte Indizes und Daten genügend ausgereift sind, wird beabsichtigt, die Pilotfassung eines Index für die Umweltbelastung im Jahr 2010 vorzustellen. Mit diesem Index werden Schadstoffe und andere Schädigungen der Umwelt innerhalb der EU erfasst, damit die Ergebnisse von Umweltschutzmaßnahmen bewertet werden können. Der Index wird die wichtigsten Bereiche der Umweltpolitik einbeziehen:

- Klimawandel und Energieverbrauch;
- Natur und Artenvielfalt;
- Luftverschmutzung und Auswirkungen auf die Gesundheit;
- Wasserverbrauch und -verschmutzung und
- Abfallerzeugung und Ressourcenverbrauch.

Bei Betrachtung dieses Index zusammen mit dem BIP und sozialen Indikatoren dürfte eine Analyse des Niveaus des Umweltschutzes möglich sein und könnte festgestellt werden, ob der Fortschritt in Bezug auf die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ziele ausgewogen ist. Zusätzlich zu diesem umfassenden Index über die Schädigung oder Belastung der Umwelt besteht die Möglichkeit, einen umfassenden Indikator für die Umweltqualität zu entwickeln, um z. B. die Zahl der EU-Bürger anzugeben, die in einer gesunden Umwelt leben.

Einkommen, öffentliche Dienstleistungen, Gesundheit, Freizeit, Wohlstand, Mobilität und eine saubere Umwelt tragen dazu bei, Lebensqualität und Wohlbefinden zu schaffen und zu erhalten. Indikatoren für diese Inputfaktoren sind deshalb für die nationalen Regierungen und die EU wichtig. Außerdem entwickeln die Sozialwissenschaften zunehmend tragfähige direkte Messwerte für Lebensqualität und Wohlergehen als Ergebnisindikatoren. So arbeitet etwa die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und

Arbeitsbedingungen an dieser Frage. Zudem hat die Europäische Kommission Studien zur Durchführbarkeit von Indikatoren für das Wohlergehen und zur Stärkung der Verbraucherrechte und – zusammen mit der OECD – zu der Frage, was die Menschen unter Wohlergehen verstehen, auf den Weg gebracht.

## 2. Informationen in Beinahe-Echtzeit für die Entscheidungsfindung

Derzeit bestehen hinsichtlich der Zeitnähe der Statistik für einzelne Bereiche noch erhebliche Unterschiede. Beispielsweise werden die Zahlen zum BIP und zur Arbeitslosigkeit häufig schon innerhalb weniger Wochen nach dem erfassten Zeitraum veröffentlicht, was eine Entscheidungsfindung beinahe in Echtzeit ermöglicht. Dagegen sind Umwelt- und Sozialdaten oft schon zu alt, um verwertbare Informationen zu liefern. Deshalb wird die Europäische Kommission darauf hinarbeiten, die Zeitnähe der Umwelt- und Sozialdaten zu verbessern, um die politischen Entscheidungsträger EU-weit besser zu informieren.

Dank Satelliten, automatischer Messstationen und Internet wird es immer einfacher, die Umwelt in Echtzeit zu überwachen. Mit der INSPIRE-Richtlinie und GMES (Global Monitoring for Environment and Security) hat die Europäische Kommission wichtige Schritte unternommen, um dieses Potenzial zu erschließen. Die Europäische Kommission hat bereits das Gemeinsame Umwelteinformationssystem (Shared Environmental Information System – SEIS) vorgestellt, ein Konzept zur Online-Verknüpfung herkömmlicher und neuartiger Datenquellen und zu deren möglichst rascher Veröffentlichung. Zeitnähere Daten lassen sich auch mittels der Kurzzeitvorhersage („nowcasting“) gewinnen: So beabsichtigt die Europäische Umweltagentur (EUA), kurzfristige Prognosen von Treibhausgasemissionen anhand vorhandener kurzfristiger Energiestatistiken zu erstellen, und Eurostat möchte die Anwendung der Kurzzeit-



prognosen auf die umweltökonomische Gesamtrechnung ausdehnen.

Die Europäische Kommission hat zusammen mit den Mitgliedstaaten darauf hingewirkt, Sozialerhebungen zu vereinfachen und zu verbessern und die Zeit zwischen Datenerhebung und -veröffentlichung zu verkürzen. Wo dies möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, wird die Zeitnähe sozialer Daten verbessert.

### **3. Genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten**

Weitreichende Reformen – wie etwa zur Bekämpfung des Klimawandels oder zur Förderung neuer Verbrauchsgewohnheiten – können einfacher akzeptiert werden, wenn der Eindruck besteht, dass Lasten und Nutzen gleichmäßig auf die Länder und Regionen sowie die wirtschaftlichen und sozialen Gruppen verteilt sind. Deshalb gewinnen Verteilungsfragen zunehmend an Bedeutung. So kann z. B. auch bei steigendem BIP pro Kopf die Zahl der Menschen, die von Armut bedroht sind, zunehmen. Vorhandene Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, etwa zu den Einkommen der privaten Haushalte oder aus sozialen Erhebungen wie der Erhebung der EU zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), lassen bereits eine Aufschlüsselung nach den wichtigsten Verteilungsfragen zu. Maßnahmen, die sich auf den sozialen Zusammenhalt auswirken, erfordern die Messung von Unterschieden und die Erhebung aggregierter Daten wie des BIP pro Kopf.

Die Europäische Kommission berichtet regelmäßig über eine Reihe von Indikatoren, um die Entscheidungsträger über Einkommensunterschiede und insbesondere die Lage am unteren Ende der Lohnskala zu informieren. Bei der Analyse der Lage in den Mitgliedstaaten werden die Bereiche Bildung, Gesundheit, Lebenserwartung und verschiedene nicht-monetäre Aspekte der sozialen Ausgrenzung betrachtet. Indikatoren für einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertigem Wohnraum, Beförderung sowie anderen Dienstleistungen und Infrastrukturen, die für die volle

Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unverzichtbar sind und damit zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt beitragen, werden zurzeit entwickelt. Zudem rückt auch der Zusammenhang zwischen sozialer Ausgrenzung und unzulänglichem Lebensumfeld zunehmend in den Mittelpunkt und es werden regelmäßig entsprechende Untersuchungen vorgenommen.

### **4. Entwicklung eines europäischen Anzeigers für nachhaltige Entwicklung**

Die Indikatoren der EU für nachhaltige Entwicklung wurden zusammen mit den Mitgliedstaaten erstellt, um den Fortschritt in Bezug auf die zahlreichen Ziele der EU-Strategie für eine nachhaltige Entwicklung zu überwachen. Sie finden in dem alle zwei Jahre erscheinenden Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission ihren Niederschlag. Dieses Überwachungsinstrument reicht aber nicht aus, um neue, noch nicht in amtlichen Statistiken berücksichtigte Entwicklungen in wichtigen Bereichen (wie etwa Nachhaltigkeit in Entwicklung und Verbrauch oder ordnungspolitische Fragen) in vollem Umfang zu erfassen. Die Indikatoren für nachhaltige Entwicklung können sich aus verschiedenen Gründen nicht immer auf die neuesten Daten stützen und deshalb möglicherweise nicht alle Bemühungen aufzeigen, die die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft bzw. lokale oder nationale Verwaltungen unternehmen, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Zur Förderung des Erfahrungsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten und den Interessengruppen über die politischen Lösungsansätze sind genauere und aktuellere Daten erforderlich. Deshalb prüft die Europäische Kommission die Möglichkeiten, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten einen Anzeiger für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Dieser Anzeiger, der sich auf die Daten des EU-Index für nachhaltige Entwicklung stützt, könnte auch andere öffentlich verfügbare quantitative und qualitative Informationen,



etwa über die Wirtschaft oder die Maßnahmen von Behörden, einbeziehen.

### **Grenzwerte für die ökologische Nachhaltigkeit**

Ein Hauptziel der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung ist die Beachtung der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen unseres Planeten. Die Natur verfügt nur über eine bestimmte Kapazität, natürliche Ressourcen beizubehalten und Schadstoffe aufzunehmen.

Forscher versuchen die entsprechenden physikalischen Umweltgrenzwerte zu ermitteln und beschäftigen sich mit der Frage, mit welchen möglichen langfristigen oder unumkehrbaren Folgen im Falle ihrer Überschreitung zu rechnen ist. Für die politische Entscheidungsfindung muss bekannt sein, wo diese „Gefahrenbereiche“ vor den eigentlichen Kipp-Punkten liegen, sodass entsprechende Warngrenzwerte festgesetzt werden. Die Zusammenarbeit der Forschung mit der amtlichen Statistik wird verstärkt, um die Grenzwerte für die wichtigsten Schadstoffe und erneuerbaren Ressourcen festzustellen und regelmäßig zu aktualisieren, damit Informationen für die politische Diskussion sowie die Festsetzung von Zielen und die Bewertung von Maßnahmen verfügbar sind.

### **5. Einbeziehung von ökologischen und sozialen Anliegen in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

Das ESVG bildet die Hauptgrundlage für die wirtschaftliche Statistiken und Indikatoren in der EU. Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom Juni 2006 die EU und die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Kernaspekte der nachhaltigen Entwicklung auszudehnen. Deshalb werden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

durch in sich stimmige umweltökonomische Gesamtrechnungen ergänzt. Wenn die entsprechenden Verfahren vereinbart sind und die Daten zur Verfügung stehen, werden längerfristig noch zusätzliche Gesamtrechnungen zu sozialen Aspekten hinzukommen.

Dies schafft eine breite Basis für fundierte politische Analysen, die dazu beiträgt, Synergien zu eröffnen und zwischen unterschiedlichen Politikzielen abzuwägen, was z. B. in die Vorab-Folgenabschätzung politischer Vorschläge einfließen kann.

Auf längere Sicht wird davon ausgegangen, dass stärker integrierte ökologische, soziale und volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen die Basis für neue Indikatoren auf oberster Ebene bilden. Die Dienststellen der Europäischen Kommission werden auch weiterhin – in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, im Dialog mit der Zivilgesellschaft und im Zuge von Forschungsprojekten – untersuchen, wie solche Makroindikatoren optimal konzipiert und angewandt werden müssen.

### **Integrierte umweltökonomische Gesamtrechnung**

Die Europäische Kommission hat 1994 ihre erste Strategie zu einem „grünen“ Rechnungssystem vorgelegt. Seitdem wurden die Rechnungslegungsverfahren so weit entwickelt und erprobt, dass mehrere Mitgliedstaaten inzwischen in regelmäßigen Abständen erste umweltökonomische Gesamtrechnungen vorlegen. Am weitesten verbreitet sind physische Flussrechnungen zu den Luftemissionen (einschließlich Treibhausgasen) und zum Materialaufwand sowie monetäre Rechnungen zu den Umweltschutzausgaben und -steuern. Die Europäische Kommission beabsichtigt,





die Datenerhebung in diesen Bereichen auf alle Mitgliedstaaten auszudehnen.

Als nächster Schritt können physische umweltökonomische Gesamtrechnungen für Energieverbrauch und -versorgung, Abfallerzeugung und -behandlung, Wasserverbrauch und -versorgung sowie monetäre Rechnungen für umweltbezogene Subventionen und den Sektor der Umweltgüter und -dienstleistungen (Öko-Industrie) erstellt werden. Die Europäische Kommission strebt an, dass diese Rechnungen bis 2013 für die politische Analyse in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Um sicherzustellen, dass diese Gesamtrechnungen vergleichbar sind, wird ein entsprechender Rechtsrahmen vorgeschlagen.

Eine zweite Gruppe umweltökonomischer Gesamtrechnungen bezieht sich auf das natürliche Kapital, insbesondere Veränderungen der natürlichen Bestände, wobei die Gesamtrechnungen zu den Forst- und den Fischbeständen am weitesten fortgeschritten sind. Die Kommission wird an den derzeit auf der Ebene der Vereinten Nationen laufenden Arbeiten mitwirken.

Eine weitere Herausforderung bei der Entwicklung der umweltökonomischen Gesamtrechnung besteht darin, die physische Seite durch monetäre Angaben zu ergänzen, die auf der Bewertung der verursachten und verhinderten Schäden, der veränderten Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen und der durch das Ökosystem bereitgestellten Güter und Dienstleistungen beruhen. Die finanzielle Bewertung der Kosten von Umweltschäden und des Nutzens von Umweltschutzmaßnahmen kann dazu beitragen, dass in der politischen Diskussion darauf eingegangen wird, wie sehr unser Wohlstand und unser Wohlergehen von Gütern und Dienstleistungen, die uns die Natur bereitstellt, abhängig sind. Auf mikroökonomischer Ebene ist diese Be-

wertung vom Konzept her fundiert: Sie wird in mehreren Studien behandelt, insbesondere im Rahmen der TEEB-Initiative (The Economics of Ecosystems and Biodiversity – Der ökonomische Wert von Ökosystemen und biologischer Vielfalt), einer noch laufenden und weitreichenden Bewertung der Dienstleistungen von Ökosystemen, die durch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), mehrere Länder und die Europäische Kommission vorgenommen wird. Die Europäische Umweltagentur (EUA) will sich weiterhin mit der Bewertung und der rechnungsmäßigen Berücksichtigung der Güter und Dienstleistungen von Ökosystemen beschäftigen, um international akzeptierte Verfahren zu erarbeiten. Damit diese Studien sinnvoll auf makroökonomischer Ebene umgesetzt werden können, bedarf es jedoch weiterer Forschung und Erprobung. Die Europäische Kommission beabsichtigt, ihre Arbeiten zur monetären Bewertung und zur Weiterentwicklung konzeptioneller Bewertungsrahmen zu intensivieren.

#### **Verstärkte Anwendung vorhandener sozialer Indikatoren aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

Das gegenwärtige ESGV verfügt bereits über Indikatoren, die auf sozial maßgebliche Themen besonders hinweisen, so z. B. das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nach dem Ausgabenkonzept und das verfügbare Einkommen nach dem Verbrauchskonzept, das die Unterschiede der einzelnen Länder beim Sozialschutz berücksichtigt. Diese Zahlen zeigen besser als der Leitindikator BIP pro Kopf, was die Menschen verbrauchen und sparen können. Die Dienststellen der Europäischen Kommission wollen diese Indikatoren künftig verstärkt anwenden.